

Berlin gegen jeden Antisemitismus!

**Berliner Landeskonzept zur
Weiterentwicklung
der Antisemitismus-Prävention**



Inhalt

Teil 1:

1. Einleitung

2. Begriffsbestimmung und Handlungsgrundlage

3. Ziele und Maßnahmen der Konzeption zur Prävention von Antisemitismus

- 3.1 Handlungsfeld „Bildung und Jugend: Frühkindliche Bildung, Jugendarbeit, Schule und Erwachsenenbildung“
- 3.2 Handlungsfeld „Justiz und Innere Sicherheit“
- 3.3 Handlungsfeld „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur“
- 3.4 Handlungsfeld „Wissenschaft und Forschung“
- 3.5 Handlungsfeld „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“

Teil 2:

Maßnahmenkatalog der Berliner Senatsverwaltungen und der Berliner Bezirke zum Berliner Landeskonzert zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention

1. Einleitung

Berlin ist die Stadt der Vielfalt und der Freiheit. Berlin ist aber auch die Stadt der Widersprüche. So wird in Berlin eine Vielzahl an antisemitischen Vorfällen gemeldet. Antisemitismus und jede Form der Menschenverachtung widersprechen dem Selbstverständnis Berlins als Stadt demokratischer Freiheit. Deswegen ist es eine Angelegenheit der gesamten Stadtgesellschaft, wenn Jüdinnen und Juden in unserer Mitte angefeindet werden.

Berlin trägt vor dem Hintergrund seiner Geschichte als Stadt, in der die Vernichtung der europäischen Juden geplant und befohlen wurde, eine besondere Verantwortung. Es geht darum, die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in Berlin als selbstverständlichen Bestandteil der Berliner Stadtkultur zu verstehen und die Präventionsarbeit und die Intervention gegen Antisemitismus in Berlin besonders intensiv und innovativ zu bestreiten. Wir stehen in Berlin vor allem in der Verantwortung, Antisemitismus in jeder Form deutlich und unmissverständlich zu verurteilen und mit antisemitisch angefeindeten Menschen solidarisch zu sein.

Der Berliner Senat versteht die Auseinandersetzung mit Antisemitismus als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Antisemitismus seit Generationen in der Berliner Gesellschaft weitergetragen wird, aber auch zusätzliche Facetten des Antisemitismus durch zugewanderte Menschen hinzukommen. Antisemitismus muss deswegen in jeder Form abgewehrt werden, unabhängig davon von welchen Personen oder Personengruppen er ausgeht.

Es ist dabei nicht zu verkennen, dass aktuelle Formen des Antisemitismus immer wieder mit einer Kritik an der Politik Israels begründet werden. Deswegen wendet sich der Senat gegen alle Versuche, Jüdinnen und Juden in Berlin für die Politik Israels verantwortlich zu machen. Aber auch der Dämonisierung des Staates Israel muss entgegengewirkt werden. Berlin steht solidarisch zu Israel und bekennt sich zu Israels Existenz- und Selbstverteidigungsrecht. Berlin erteilt allen antisemitischen Boykottkampagnen eine klare Absage. Organisationen, Vereine und Personen, die die Existenz Israels als jüdischen Staat delegitimieren oder anderweitig antisemitisch agieren, werden keine Räumlichkeiten oder Flächen zur Verfügung gestellt und erhalten auch keine Zuwendungen oder Zuschüsse des Landes.

Berlin ist sich außerdem seiner historischen Verantwortung aus dem Holocaust bewusst. Die Erinnerung an die Verbrechen im Nationalsozialismus ist deswegen fester Bestandteil der Berliner Stadtkultur. Es ist das Anliegen des Berliner Senats, jüdisches Leben und die große Vielfalt der jüdischen Kultur sowie der jüdischen Glaubensgemeinschaft in Berlin weiterhin zu fördern. Zugleich ist jüdisches kulturelles Leben in dieser Stadt bedroht und kann sich häufig nicht außerhalb von geschützten Räumen artikulieren. Der Berliner Senat arbeitet darauf hin, diese Räume zu erweitern und zugleich den Schutz des jüdischen Lebens sicherzustellen.

Antisemitismus als gesamtgesellschaftliche Herausforderung bedeutet auch, dass sich sämtliche staatlichen Institutionen an der Prävention von Antisemitismus als Querschnittsaufgabe beteiligen müssen. Dazu zählen die konsequente Strafverfolgung, die Erfassung von antisemitisch motivierten Straftaten, der Opferschutz, die Auseinandersetzung in pädagogischen Kontexten, die Stärkung der Zivilgesellschaft sowie die Sensibilisierung für antisemitische Denkmuster und Einstellungen in der Bevölkerung.

Mit dem Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention geht ein Signal an die Betroffenen aus, dass wir an ihrer Seite stehen und eingreifen wollen, wenn sich Antisemitismus als alltägliche Erscheinung Bahn bricht. Unser gemeinsames Ziel ist die demokratische Stadtgesellschaft in Berlin.

Das hier vorliegende Konzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention soll hierzu einen Beitrag leisten. Das Konzept knüpft an den Beschluss des Berliner Abgeordnetenhauses „Gegen jeden Antisemitismus! – Jüdisches Leben in Berlin schützen“ vom 31.05.2018 an und greift dessen Zielstellungen in den einzelnen Handlungsfeldern unmittelbar auf. Zudem sind Empfehlungen von zivilgesellschaftlicher Seite in die Konzepterstellung eingeflossen, so etwa Empfehlungen, die im Rahmen eines von der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ausgerichteten Konsultationsworkshops mit Trägern und Akteurinnen und Akteuren der Antisemitismusprävention entwickelt wurden, oder auch die Handlungsempfehlungen des bei der Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales eingerichteten „Arbeitskreis Antisemitismus“. Ebenso wurden die Empfehlungen des „Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus“ des Deutschen Bundestages in die Konzepterstellung einbezogen.

2. Begriffsbestimmung und Handlungsgrundlage:

Die Arbeitsdefinition Antisemitismus der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken in ihrer durch die Bundesregierung erweiterten Form bildet die Grundlage des Berliner Verwaltungshandelns zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Sie ist damit Ausgangspunkt für Präventionskonzepte sowie für Fort- und Ausbildungsprogramme des öffentlichen Dienstes in Berlin. Die einzelnen Berliner Verwaltungseinheiten werden angeregt in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und jüdischen Organisationen Leitfäden mit Praxisbeispielen zur Anwendung der Arbeitsdefinition zu erstellen.

Die Arbeitsdefinition im Wortlaut:

„Antisemitismus ist eine bestimmte Wahrnehmung von Juden, die sich als Hass gegenüber Juden ausdrücken kann. Der Antisemitismus richtet sich in Wort oder Tat gegen jüdische oder nichtjüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen oder religiöse Einrichtungen. Darüber hinaus kann auch der Staat Israel, der dabei als jüdisches Kollektiv verstanden wird, Ziel solcher Angriffe sein.“ (vgl. Drucksache 19/444 / Deutscher Bundestag)

3. Ziele und Maßnahmen des Landeskonzepts zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention

Wegen seiner gesamtgesellschaftlichen Dimension ist die Antisemitismusprävention eine Aufgabe, an deren Weiterentwicklung und Umsetzung viele Institutionen, Professionen und unterschiedliche Akteurinnen und Akteure mitwirken müssen. Deswegen setzt der Berliner Senat auf einen Ansatz, der alle relevanten Handlungsfelder einbezieht.

Die Berliner Antisemitismus-Prävention kann auf weitreichende Erfahrungen zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure, (Bildungs-)Träger und der Berliner Verwaltung aufbauen. Die Arbeit der Berliner Träger der Antisemitismus-Prävention ist oftmals beispielgebend für die Entwicklung ähnlicher Ansätze in weiteren Bundesländern. Die alltäglichen antisemitischen Belästigungen und Übergriffe in dieser Stadt zeigen jedoch einen deutlichen Handlungsbedarf. Da sich die Erscheinungsweisen des Antisemitismus wie alle Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Wandel befinden, muss die strategische Ausrichtung der Prävention regelmäßig überprüft und angepasst werden. Der Berliner Senat versteht deswegen alle seine Präventionskonzeptionen als „lernende Konzepte“, die immer auch eine Anpassung an aktuelle Entwicklungen und neue Problemlagen vorsehen.

Das Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention stellt die verschiedenen Handlungsstrategien im Land Berlin dar, mit denen aktuellen Entwicklungen des Antisemitismus entgegengesteuert wird. Es liefert eine Grundlage dafür, unterschiedliche Handlungsstrategien im Land koordiniert umzusetzen. Zugleich eröffnet es die Möglichkeit, Ansatzpunkte für weitergehende Handlungsbedarfe zu identifizieren. Für die Ausgestaltung und kontinuierliche Weiterentwicklung einer nachhaltigen Präventionsstrategie gegen Antisemitismus ist deren Abstimmung mit weiteren Präventionsstrategien im Land Berlin von Bedeutung. Deswegen hat der Berliner Senat die Koordination sämtlicher Strategien zur Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung (SenJustVA) zusammengeführt. Hier werden einerseits Maßnahmen initiiert und koordiniert, die übergreifend auf die Entwicklung einer allgemeinen demokratischen Alltags- und Antidiskriminierungskultur zielen. Andererseits unterscheidet sich Antisemitismus jedoch erheblich von rassistischen Deutungsmustern und anderen Ideologien der Ungleichwertigkeit. Beispielsweise wird nur dem Judentum vorgeworfen, mit einem geheimen Plan angeblich harmonische (Volks-) Gemeinschaften zu zersetzen und im Verborgenen die Aneignung der Weltherrschaft vorzubereiten. Deswegen setzt die SenJustVA spezifische Strategien gegen Antisemitismus ein.

Benennung einer Ansprechpartnerin / eines Ansprechpartners des Landes Berlin zu Antisemitismus

Die Wirksamkeit der Antisemitismus-Prävention im Land ist wesentlich von einem abgestimmten Vorgehen aller Beteiligten abhängig. Die Koordination der Antisemitismus-Prävention im Land Berlin geschieht derzeit durch die Senatsverwaltung für Justiz, Ver-

braucherschutz und Antidiskriminierung. Wesentliche Teile der Präventionsförderung werden durch spezifische Projektförderungen im Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ermöglicht. Auch die Abstimmung mit den Maßnahmen der Bundesregierung, hier insbesondere im Bundesprogramm „Demokratie leben!“, erfolgt durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und dem dort angesiedelten Landesdemokratiezentrum. In den vergangenen Jahren ist erfreulicherweise der Anteil von spezifisch gegen Antisemitismus wirkenden Maßnahmen in der Präventionsarbeit gestiegen. Deswegen wird der Berliner Senat die Koordination von Maßnahmen gegen Antisemitismus stärken.

Zur Abstimmung von Maßnahmen mit dem „Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland“ und zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention des Senats wird eine hauptamtliche Ansprechpartnerin bzw. ein hauptamtlicher Ansprechpartner des Landes benannt. Diese Ansprechpartnerin bzw. dieser Ansprechpartner stellt die Verzahnung der Antisemitismus-Prävention des Landes Berlin mit der allgemeinen Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sicher.

Die Ansprechpartnerin bzw. der Ansprechpartner übernimmt folgende Aufgaben:

- Abstimmung der Maßnahmen zur Antisemitismus-Prävention im Land Berlin mit den Maßnahmen auf Bundes- und Bezirksebene;
- Identifikation von Weiterentwicklungspotenzialen der Berliner Antisemitismusprävention. Anregung und Entwicklung von Maßnahmen, die nicht bereits in bestehenden Programmen abgedeckt werden;
- Koordination eines Expert/innenkreises aus Wissenschaft, Bildung und Zivilgesellschaft, der regelmäßig gegenüber Parlament und Öffentlichkeit über die Umsetzung von Maßnahmen gegen Antisemitismus berichtet;
- Regelmäßiger Austausch mit jüdischen Organisationen sowie die Organisation von Austauschformaten mit weiteren Akteurinnen und Akteuren aus Verwaltung und Zivilgesellschaft;
- Kooperation mit bestehenden Präventionsnetzwerken wie z. B. dem Berliner Beratungsnetzwerk;
- Zusammenarbeit mit den Fach- und Beratungsstellen zu Antisemitismus, Übernahme von Verweisberatungen;
- Jährliche Zusammenführung und Auswertung der Daten und Ergebnisse aus den verschiedenen Erfassungsquellen (Polizei, Staatsanwaltschaft, Schule, RIAS usf.) zu Antisemitismus in Berlin;
- Erstellung eines (Umsetzungs-)Berichts im Abstand von drei Jahren zur Intervention gegen und Prävention von Antisemitismus im Land Berlin;
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

3.1 Handlungsfeld „Bildung und Jugend: Frühkindliche Bildung, Jugendarbeit, Schule und Erwachsenenbildung“

Der Bereich Bildung und Erziehung stellt ein umfangreiches und zugleich grundlegendes Handlungsfeld der Antisemitismus-Prävention dar. Es umfasst die frühkindliche Bildung, die Schnittstelle von Kita und Grundschule, die schulische Bildung bis hin zur Berufsausbildung, die außerschulische Kinder- und Jugendarbeit sowie den Bereich der Erwachsenenbildung.

Zur Stärkung der Antisemitismus-Prävention müssen zugleich alle Lernenden und Lehrenden (Lehrkräfte sowie Dozierende im Feld der Erwachsenenbildung), (Schul-) Sozialarbeiterinnen und (Schul-) Sozialarbeiter, Schulleitungen und Erzieherinnen und Erzieher sowie die Eltern adressiert werden.

Beim Antisemitismus handelt es sich nicht einfach um ein Vorurteil, sondern auch um eine tradierte und im Individuum verfestigte Welterklärung. Um einer Verfestigung von engen, autoritären Welterklärungen entgegenzuwirken, ist daher ein besonderes Augenmerk darauf zu legen, bereits von klein auf einen Zugang zu Weltoffenheit, Toleranz sowie zu Reflexions- und Empathiefähigkeit (abstraktem Denken und konkretem Fühlen) zu schaffen.

Insofern gehen Antisemitismus-Prävention und Demokratiebildung Hand in Hand, sie ergänzen und bestärken einander. Demokratiebildung trägt wesentlich zur Prävention von Antisemitismus bei, indem sie grundlegende Werte der Gleichberechtigung, Toleranz, Akzeptanz von Vielfalt und friedlicher Konfliktbeilegung vermittelt. Außerdem sind in einem demokratischen Schulklima bessere Voraussetzungen dafür gegeben, dass die Interessen und Wünsche jedes Einzelnen artikuliert werden können und von der Gemeinschaft ernst genommen werden.

In der Prävention von Antisemitismus nehmen auch die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte und andere in Bildung und Erziehung Tätige eine wichtige Bedeutung ein. Um die Analyse- und Handlungskompetenz zu stärken müssen diese nicht nur Wissen über Antisemitismus und pädagogische Konzepte der Intervention umfassen, sondern auch die Möglichkeit zur Selbstreflexion und zur Reflexion von Strukturen und Prozessen der eigenen Institution geben.

Auch dem Feld der Angebote der Erwachsenenbildung kommt eine bedeutsame Rolle in der Thematisierung von und der Aufklärung über die verschiedenen Erscheinungsweisen von Antisemitismus zu. Pädagogische und didaktische Ansätze der Erwachsenenbildung können zur Wahrnehmung und kritischen Selbstreflexion von antisemitischen Weltbildern beitragen und der Verbreitung von antidemokratischen und menschenverachtenden Haltungen entgegenwirken.

Mit differenzierten Ansätzen der Erwachsenenbildung können auch antisemitische Deutungsmuster unter neu zugewanderten Menschen thematisiert werden. Angebote der politischen Bildung für neu zugewanderte Menschen müssen die Akzeptanz von Anti-

semitismus in den Herkunftsländern, aber auch antisemitische Haltungen in der Aufnahmegesellschaft aufgreifen, wenn eine nachhaltige Wirkung erzielt werden soll.

3.1.1 Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien zur Antisemitismus-Prävention in der frühkindlichen Bildung

Ziel 1:

Einrichtungen der Kindertagesförderung bereiten Kinder adäquat auf das Leben in einer demokratischen Gesellschaft vor, die für ihr Bestehen die aktive, verantwortungsbewusste Teilhabe ihrer Mitglieder im Geiste der Toleranz, der Verständigung und des Friedens benötigt und in der alle Menschen gleichberechtigt sind (vgl. KitaFöG Berlin, § 1.).

Die Prävention von Antisemitismus im Bereich der frühkindlichen Bildung stellt insbesondere das Lernen demokratischer alltags- und lebensnaher Prozesse in den Fokus. Das „Berliner Bildungsprogramm für Kitas und Kindertagespflege“ bildet die fachliche Grundlage für die frühpädagogische Arbeit in den Berliner Kindertageseinrichtungen (Kitas). Das Bildungsprogramm ist - ausgehend von seinem Bildungsverständnis und in den Zielen des pädagogischen Handelns - so angelegt, dass die demokratische Teilhabe von Kindern konsequent gefördert wird. Dabei geht es um den Aufbau einer Partizipationskultur im Alltag der Kindertageseinrichtungen, durch die bereits jüngere Kinder wichtige demokratische Handlungskompetenzen erwerben.

Die Berliner Kindertageseinrichtungen werden in Fragen der Demokratiebildung auch durch die „Konsultationskitas des Landes Berlin“ unterstützt. Diese bieten den Kitas Möglichkeiten des Lernens von der Praxis für die Praxis. Demokratiebildung ist dabei als Querschnittsthema fest verankert. Zusätzlich setzt eine der Konsultationskitas bereit den Schwerpunkt auf die Thematik: „Vielfalt und Inklusion – Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung“, so dass das Thema Demokratiebildung sowohl in der Breite (Querschnittsthema) als auch methodisch abgerundet wird.

Ziel 2:

Die Analyse- und Handlungskompetenzen frühpädagogischer Fachkräfte in Bezug auf Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit werden gestärkt.

Als Unterstützung der frühpädagogischen Fachkräfte werden durch das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) laufend Fortbildungsangebote zum Thema Demokratiebildung im Arbeitsfeld der Kindertagesförderung zur Verfügung gestellt. Hierbei wird auch die Sensibilisierung und Kompetenzbildung der frühpädagogischen Fachkräfte zu Antisemitismus spezifisch aufgegriffen und gestärkt. Um das Fortbildungsangebot im Bereich der Demokratieförderung fortlaufend bedarfsorientiert zu entwickeln, erfolgt eine jährliche Bedarfsabfrage bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, bei den Bezirken, Kitas etc. durch das SFBB.

Für Kitas stehen im Land Berlin Beratungsangebote zur Verfügung, die in Anspruch genommen werden können, wenn sich bei Eltern, Kindern oder auch pädagogischen Fachkräften antisemitische Tendenzen bemerkbar machen.

Um die Themen Demokratiebildung und Antisemitismus noch stärker im Arbeitsfeld der frühen Bildung zu verankern, strebt der Berliner Senat an, ab 2020 im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel ein Beratungsteam einzurichten, das Einrichtungen der frühen Bildung berät und unterstützt.

3.1.2 Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien zur Antisemitismus-Prävention in der Jugendarbeit

Ziel 1:

Demokratiebildung und die Prävention von Antisemitismus sollen zukünftig noch stärker in der außerschulischen Jugendarbeit verankert werden.

Das in Vorbereitung befindliche Berliner Jugendfördergesetz wird die Jugendarbeit mit der Maßgabe Demokratiebildung und Beteiligung inhaltlich präzisieren und strukturell neu aufstellen.

In Berlin ist eine Vielzahl von freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe tätig, die im Rahmen unterschiedlicher Programme modellhafte und innovative Ansätze und Angebote der Demokratieförderung und Antisemitismus-Prävention entwickelt haben. Der Berliner Senat fördert den Fachaustausch zwischen den Akteurinnen und Akteuren der Antisemitismus-Prävention und intensiviert die Vernetzung von Angeboten.

Der Jugend-Demokratiefonds ist Teil der Handlungsstrategie des Landes Berlin, um Kindern und Jugendlichen Grundlagen demokratischen Handelns näher zu bringen und direkte Beteiligung an gesellschaftlicher Gestaltung und Aushandlungsprozessen zu ermöglichen. Der Jugend-Demokratiefonds fördert innovative und modellhafte Projekte, die sich in besonderer Weise für eine Demokratiestärkung in Berlin einsetzen. Die geförderten Projekte und Maßnahmen sollen explizit mit Netzwerken gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kooperieren. In allen Programmbereichen sind Projekte förderfähig, die sich gegen Antisemitismus richten. In den kommenden Ausschreibungen soll zusätzlich verstärkt auf die Möglichkeit der Förderung solcher Projekte hingewiesen werden.

Dem Senat ist es ein wichtiges Anliegen, Jugendverbände, Jugendbildungsstätten und Migrant/innenjugend-Selbstorganisationen in ihrer Arbeit zur Prävention von Antisemitismus zu unterstützen. Neben der Vermittlung von Werten einer demokratischen Gesellschaft gehören der Besuch von Gedenkstätten sowie themenspezifische Seminare und Begegnungen mit heutigem jüdischem Leben zu den Aktivitäten. Ziel ist es, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel, diese Angebote stetig weiterzuentwickeln und noch mehr junge Menschen zu erreichen.

Die Prävention von Antisemitismus soll zukünftig als Thema verbindlich auch in das Arbeitsfeld der Kooperation von Jugendhilfe und Schule einbezogen werden. Um die Antisemitismus-Prävention in den Fokus fachlicher Diskussionen zu rücken, wird der Senat darüber hinaus verstärkt anregen, das Thema in fachspezifischen Gremien der Jugendarbeit auf Landes- und Bezirksebene zu behandeln.

Die Berliner Jugendarbeit wird durch Angebote der Beratung und Begleitung darin unterstützt, sich mit allen Formen des Antisemitismus auseinanderzusetzen, um damit den präventiven Charakter der Jugendarbeit zu stärken. Der Berliner Senat verfolgt das Ziel ab 2020 im Rahmen vorhandener Mittel eine überbezirklich tätige Praxisstelle zu installieren, um die Themen „Demokratiebildung“ und „Antisemitismus“ nachhaltig im Arbeitsfeld der Jugendarbeit zu verankern (vgl. hierzu auch Ziel 3, letzter Absatz).

Ziel 2:

Stärkung der Medienkompetenz sowie der Analyse- und Handlungsfähigkeit junger Menschen und pädagogischer Fachkräfte insbesondere in Bezug auf antisemitische Tendenzen und Erscheinungsformen in der digitalen Kommunikation.

Die Handlungsstrategie des Senats zur Prävention von Antisemitismus beinhaltet auch Maßnahmen zur Prävention von Online-Radikalisierung und den Umgang zu Hate Speech im Internet. Der Berliner Senat wird im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung Maßnahmen ausbauen, die eine die Auseinandersetzung mit und die Ächtung von Antisemitismus im Digitalen Raum stärken. Antisemitische Inhalte im Netz sind gerade für junge Menschen oft schwer als solche zu decodieren. Hierfür ist die Kompetenzvermittlung zur Identifikation antisemitischer Falschinformationen, FakeNews und Verschwörungstheorien im Internet und sozialen Medien zentral. Medienpädagogische Angebote, die Zivilgesellschaft zur Gegenrede und Meldung antisemitischer Inhalte im Netz befähigen sind hieran anknüpfend notwendig.

Die Senatsverwaltung für Bildung Jugend und Familie, Abteilung Jugend und Familie fördert seit 2018 eine Maßnahme zur Prävention von Online-Radikalisierung. Diese Maßnahme greift aktuelle Strategien extremistischer Akteurinnen und Akteure im Netz auf und setzt gleichzeitig an medialen Nutzungsgewohnheiten von Jugendlichen an. Der Senat reagiert mit der Initiierung des Projekts auf einen wachsenden Bedarf an präventiven Maßnahmen im Bereich der Online-Radikalisierung, speziell auch im Kontext Antisemitismus. Das Projekt kombiniert innovative medienpädagogische Formate mit Inhalten politischer Bildungsarbeit. Es sensibilisiert Jugendliche in Präsenz- und Onlineformaten für menschenverachtende Ideologien im Netz und entwickelt mit ihnen gemeinsam Strategien für die aktive Auseinandersetzung mit diesen – auch im Rahmen von Peer-to-Peer-Prozessen.

Um den Herausforderungen, die mit der Digitalisierung der Kommunikation auch im Blick auf antisemitische Tendenzen verbunden sind zu begegnen, beabsichtigt der Senat ab 2019 die Angebote der Medienbildung für sozialpädagogische Fachkräfte zu Themen wie Hate Speech oder zu subtilen demokratiefeindlichen Websites oder Apps

sowohl für frühpädagogische Fachkräfte als auch für Fachkräfte der Jugend(sozial)arbeit im Rahmen der vorhandenen Ressourcen zu verstärken.

Ziel 3:

Die Analyse- und Handlungskompetenz pädagogischer Fachkräfte der Jugendarbeit in Bezug auf Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit werden gestärkt.

Inwieweit Antisemitismus in der Praxis und im Alltag der Jugendarbeit thematisiert wird und z.B. entsprechende Äußerungen von Jugendlichen als Bildungsgelegenheiten genutzt werden, ist von der Haltung, der Aufmerksamkeit und von den Kenntnissen der pädagogischen Fachkräfte abhängig. Ein zentrales Element der Handlungsstrategie der Antisemitismus-Prävention im Bereich Jugendarbeit besteht in der Förderung der Bereitschaft pädagogischer Fachkräfte, solche Bildungsgelegenheiten aufzugreifen und produktiv zu nutzen. Pädagogische Fachkräfte der Jugendarbeit sollen daher verstärkt qualifiziert werden, damit sie über die notwendigen Kompetenzen verfügen, um mit jungen Menschen in einen fundierten, offenen, kritischen und gleichzeitig wertschätzenden Dialog treten zu können. Ergänzend zu einer kognitiv-appellativen Strategie, sollen für pädagogische Fachkräfte im Rahmen der Fortbildung Formate zur Verfügung gestellt werden, welche die Bearbeitung bestehender Ängste und Vorbehalte ermöglichen. Die Finanzierung beider Maßnahmen erfolgt im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Ressourcen.

Für das Land Berlin übernimmt das Sozialpädagogische Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) den gesetzlichen Auftrag zur sozialpädagogischen Fortbildung der Fachkräfte in den Einrichtungen und Diensten der Kinder- und Jugendhilfe. Die Zielgruppe schließt neben hauptamtlich Beschäftigten auch ehrenamtlich und nebenberuflich tätige Fachkräfte sowie Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger mit ein. Die Fortbildungsangebote des SFBB im Themenfeld Antisemitismus, Demokratiebildung, Diversity, Erkennung von Diskriminierungsmustern etc. werden im Rahmen der Schwerpunktsetzung ab 2019 durch den neu eingerichteten Themenschwerpunkt „Migration, Vielfalt und Demokratiebildung“ verstärkt. Die Fortbildungsangebote tragen dazu bei, dass die in der Ausbildung und pädagogischen Praxis erworbenen Kenntnisse aktualisiert, erweitert und vertieft sowie Handlungskompetenzen erweitert werden.

Auch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung beabsichtigt die Angebote der außerschulischen Prävention in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auszubauen. Dabei wird im Rahmen des Haushaltsplans das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus die Förderung eines Angebots der Beratung und Begleitung einer antisemitismus- und rassismuskritischen Jugendarbeit ermöglichen, die auf die Analyse und Handlungskompetenz pädagogischer Fachkräfte abzielt.

3.1.3 Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien zur Antisemitismus-Prävention für den Bereich Schule

Ziel 1:

Schulen werden darin unterstützt, Konzepte der Antisemitismus-Präventionsarbeit zu entwickeln.

Im Rahmen einer Gesamtstrategie der politischen Bildung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie kommt der Präventionsarbeit, insbesondere auch der Antisemitismus-Prävention, eine besondere Bedeutung zu.

Für die durch den gültigen Rahmenlehrplan der Jahrgangsstufen 1-10 für Berlin und Brandenburg obligatorisch zu behandelnden übergreifenden Themen „Akzeptanz von Vielfalt“, „interkulturelle Bildung“ und „Demokratiebildung“ werden Orientierungs- und Handlungsrahmen sowie Handreichungen erstellt, die Schulen im Rahmen eines ganzheitlichen Verständnisses bei der pädagogischen Arbeit und auch bei der Prävention von Antisemitismus unterstützen. Der neue Rahmenlehrplan gilt seit dem Schuljahr 2017/18.

Zur Unterstützung der Lehrkräfte werden Handreichungen mit unterrichtsunterstützenden Materialien erstellt, etwa zur Antisemitismus-Prävention an Grundschulen oder zum Umgang mit israelbezogenem Antisemitismus im Kontext des Nahostkonflikts.

Die Schulen erhalten durch die „Praxisstelle Bildung und Beratung“ und andere ebenfalls durch Zuwendungen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie finanzierte Programme Angebote für eine prozessorientierte, dauerhafte Auseinandersetzung mit Antisemitismus.

Zudem wird im Rahmen der Schulinspektionen im Kontext der Beurteilung des allgemeinen Schulklimas Wert auf den Umgang mit Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gelegt.

Die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung wird im Rahmen des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und in Abstimmung mit der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie weiterhin im Bereich Schule die Förderung von Projektangeboten zur Beratung, Begleitung und Fortbildung zum Themenfeld Antisemitismus anbieten. Bestandteil dieser Unterstützung ist auch eine bedarfsbezogene Beratung zur Auswahl fachlich angemessener Lernmittel.

Im eigens durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung eingerichteten Internetportal <http://www.demokratie-vielfalt-respekt.de> können sich Lehrkräfte, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter sowie pädagogische Fachkräfte eine Übersicht über landes- wie auch bundesgeförderte Angebote der bildungsbezogenen Präventionsarbeit verschaffen.

Ziel 2:

Die Analyse- und Handlungskompetenz von Lehrkräften, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeitern sowie pädagogischen Fachkräften in Bezug auf Antisemitismus wird gestärkt.

Antisemitismus-Prävention und die Entwicklung von Antidiskriminierungskompetenzen sind in der 2. Phase der Lehrkräftebildung, im Vorbereitungsdienst, Bestandteil der Ausbildung im Modul „Erziehen und Innovieren“. Im Rahmen der im Einzelplan 10 zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen ist weiterhin geplant Qualifizierungsmaßnahmen für die Ausbilderinnen und Ausbilder bedarfsorientiert zu verstetigen

Die bestehenden Angebote in der Fortbildung werden nachfrage- und bedarfsorientiert ausgebaut. Hierbei wird darauf abgezielt die Sensibilisierung des Lehrkräftenachwuchses aller Fächer für die im Schulalltag auftretenden Formen von Antisemitismus im Rahmen der Lehrkräftefortbildung weiter zu verstärken. Es geht dabei auch um Empowerment im Umgang mit auftretendem Antisemitismus sowie um eine Stärkung der diesbezüglichen Lehrinhalte, aber auch um eine stärkere Sichtbarkeit jüdischen Lebens als Teil unserer Gesellschaft im schulischen Alltag. Die Entstehungsgeschichte des Staates Israel sowie seine besondere Bedeutung für Jüdinnen und Juden soll ebenso Gegenstand von Fortbildungen sein. Der Senat setzt sich dafür ein, dass die zahlreich vorhandenen Angebote zu Fortbildungen wahrgenommen werden können.

Im Rahmen der berufsbegleitenden Weiterbildungsmaßnahme „Ethik“ wird das Thema Antisemitismus aufgegriffen; die teilnehmenden Lehrkräfte setzen sich im Sinne der pluralistischen Grundidee mit Religionen auseinander um u.a. die Frage zu klären, welche Rolle religiöse Überzeugungen in unserer Gesellschaft spielen.

Für die regionale Fortbildung werden Schulberaterinnen und Schulberater in einer dreijährigen Qualifizierung für Demokratiebildung & Diversity sowie Prävention gegen Diskriminierung, Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus qualifiziert, die ab dem Schuljahr 2018/19 zwei landesweite Fortbildungen zur Demokratiebildung sowie regionale und schulinterne Veranstaltungen anbieten.

Verstärkt wird auch die Expertise außerschulischer Bildungsträger im Feld der Demokratiepädagogik und der Prävention von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit herangezogen und nach fachlicher Prüfung in das Fortbildungsangebot der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie integriert.

Ziel 3:

Die Verknüpfung der außerschulischen Angebote historisch-politischer Bildungsarbeit mit der schulischen Bildungsarbeit verbessert das Wissen über den Holocaust und über Antisemitismus.

In der schulischen Auseinandersetzung mit der Geschichte jahrhundertelanger Diskriminierung von Jüdinnen und Juden bis hin zur Shoa, geht es darum, mehr über jüdisches Leben vor und nach der Shoa zu lernen, religiöse Bildung über das Judentum in

seiner Vielfalt zu vermitteln und dieses als selbstverständlichen Teil der heutigen Gesellschaft zu verstehen. Dazu sollen auch persönliche Begegnungen mit Jüdinnen und Juden ermöglicht werden und Orte des heutigen jüdischen Lebens besucht werden. Die Öffnung der Schule für Angebote außerschulischer Lernorte ist hierfür die Voraussetzung und gehört zu einer zeitgemäßen Lehr- und Lernkultur, die die Eigenverantwortung der Schülerinnen und Schüler im Lernprozess stärkt, ihre Lebenswelt und ihre Erfahrungsräume einbezieht und damit zum Erwerb von Demokratiekompetenzen und zur Akzeptanz von Vielfalt beiträgt. Berliner Schulen nutzen die außerschulischen Lernorte bzw. Gedenkstätten als Ergänzung und Vertiefung von Unterrichtsvorhaben. Außerschulische Lernorte sind eine wichtige Bereicherung der schulischen politischen Bildung. Sie ersetzen nicht den jeweiligen Fachunterricht, sondern lassen zusätzliche Impulse entstehen, die für eine handlungsorientierte politische Bildung von großer Bedeutung sind.

Der Berliner Senat wird im Rahmen der vorhandenen Ressourcen ermöglichen, dass Lehrkräfte, Schulklassen sowie Museumspädagoginnen und -pädagogen sich über die spezifischen Angebote außerschulischer Lernorte angemessen informieren können, Unterstützung bei der Vor- und Nachbereitung erhalten sowie finanziell und organisatorisch gefördert werden, um Exkursionen zu außerschulischen Lernorten in Berlin sowie im In- und Ausland durchführen zu können. So soll allen Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit geboten werden, beispielsweise eine Gedenkstätte zu besuchen.

Im Rahmenlehrplan der Jahrgangsstufen 1-10 für Berlin und Brandenburg ist für das Fach Geschichte der Besuch zweier außerschulischer Lernorte für jede Lerngruppe in jedem Doppeljahrgang festgelegt und für das Fach Politische Bildung der Besuch eines außerschulischen Lernorts pro Lerngruppe und Doppeljahrgang. Im Rahmenlehrplan Geschichte für die gymnasiale Oberstufe ist ein Besuch pro Kurshalbjahr verpflichtend. Es ist die Aufgabe von Schulleitungen und Fachleitungen sicherzustellen, dass diese obligatorischen Besuche durchgeführt und entsprechend pädagogisch begleitet werden.

Die enge Kooperation der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie mit außerschulischen Lernorten der historisch-politischen und gesellschaftspolitischen Bildung wird fortgeführt, so etwa die Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft der NS- und DDR-Gedenkstätten in Berlin und Brandenburg in der Form der Zusammenarbeit im Rahmen des jährlich stattfindenden „Forum[s] zeitgeschichtliche Bildung“.

Weitere außerschulische Lernorte werden z.T. durch Pädagoginnen und Pädagogen vor Ort unterstützt. Dies sichert eine enge Verzahnung der didaktischen Angebote der Lernorte mit den didaktischen und pädagogischen Zielen der Berliner Schulen.

Diese Maßnahmen werden durch spezifische Angebote für Lehrkräfte ergänzt: In 2018 reiste eine Gruppe von Lehrkräften und von pädagogischem Personal der Berliner Gedenkstätten und Trägern der historisch-politischen Bildungsarbeit zu einer zehntägigen Fortbildungsreise nach Israel, in deren Zentrum eine mehrtägige Fortbildung in der Internationalen Gedenkstätte Yad Vashem stand. Ziel war es, durch diese Fortbildung ein noch engeres Netzwerk zwischen den Pädagoginnen und Pädagogen an den außer-

schulischen Lernorten und den Lehrkräften der Berliner Schulen zu knüpfen. Es ist geplant, diese Fortbildungsreisen jährlich weiterzuführen.

Ziel 4:

Konsequente Intervention bei antisemitischen Vorfällen

Der Berliner Senat wird das schulische System der Prävention von Antisemitismus und der Intervention bei antisemitischen Vorfällen stärken, um unmittelbar und angemessen auf Vorfälle reagieren zu können und allen betroffenen Schülerinnen und Schülern das sichere Gefühl zu vermitteln, dass die schulische Gemeinschaft auf ihrer Seite steht, sie schützt und verteidigt.

Die Antidiskriminierungsbeauftragte für Schulen berät Schulleitungen, wie bei antisemitischen Vorfällen angemessen zu reagieren ist, wobei dem Schutz der von Antisemitismus betroffenen Personen stets höchste Priorität eingeräumt wird.

Die 2018 neu gegründete „Praxisstelle Bildung und Beratung“ in Trägerschaft der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. (KIgA) unterstützt Schulen bei der unmittelbaren und angemessenen Intervention gegen Antisemitismus.

Es wird ein Gesamtkonzept zur Erfassung von und Intervention bei psychischen und physischen Gewaltvorfällen an Schulen erarbeitet. Dabei werden antisemitische Vorfälle angemessen berücksichtigt.

3.1.4 Ziele und Umsetzungsstrategien für den Bereich Erwachsenenbildung

Ziel 1:

Es werden regelmäßig Angebote der historisch-politischen wie der demokratiefördernden Bildungsarbeit bereitgestellt, die über Ausmaß und unterschiedliche Erscheinungsweisen des Antisemitismus in Berlin aufklären und die Reflektion adäquater Handlungsstrategien ermöglichen.

Die Berliner Landeszentrale für politische Bildung führt regelmäßig Tagungen und Foren durch, die den Fachaustausch über Ausmaß und Formen des Antisemitismus in Berlin und über adäquate Handlungsstrategien ermöglichen. Dabei werden aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen, die Relevanz verschiedener handelnder Akteure bzw. Akteurinnen und die Wandlungsfähigkeit des Antisemitismus insgesamt diskutiert. Unterschiedliche Perspektiven von Wissenschaft, Politik, Zivilgesellschaft und von Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Communitys kommen so zusammen.

Zudem werden Fortbildungen für pädagogische Fachkräfte angeboten, die aktuelle Konzepte der Antisemitismus-Prävention vermitteln. Auch finden in Kooperation mit verschiedenen jüdischen Organisationen und Zusammenschlüssen Veranstaltungen zu jüdischem Leben in Berlin statt. Neben der Vernetzung und Kooperation mit unter-

schiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren und Akteurinnen stellt die Berliner Landeszentrale Fachliteratur zum Thema zur Verfügung.

3.2 Handlungsfeld „Justiz und Innere Sicherheit“

Zu einer umfassenden Strategie gegen Antisemitismus gehört neben einem angemessenen Umgang mit den von Antisemitismus betroffenen Einzelpersonen sowie Organisationen durch Polizei und Justiz insbesondere auch die konsequente Verfolgung antisemitisch motivierter Straftaten. Die Berliner Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Richterinnen und Richter, die antisemitisch motivierte Straftaten bearbeiten, sind sich ihrer Verantwortung in der Bekämpfung des Antisemitismus bewusst und tragen ihren Teil zum Schutz der Berliner Jüdinnen und Juden bei. Bei den Berliner Gerichten und Staatsanwaltschaften werden darüber hinaus die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zum Thema Antisemitismus informiert und dabei für den Umgang mit den von Antisemitismus betroffenen Organisationen und Einzelpersonen sensibilisiert. Polizei und Justiz erfassen zudem mit unterschiedlichen Instrumenten aktuelle Entwicklungen des Antisemitismus in Berlin und leisten damit einen wesentlichen Beitrag zur Intervention und Prävention.

Zugleich ist es von Bedeutung, das Vertrauen in die Strafverfolgungsbehörden bei denjenigen zu stärken, die von antisemitischen Vorfällen oder Straftaten betroffen sind. Es gilt deutliche Signale zu setzen, dass Jüdinnen und Juden in ihren Erfahrungen des Antisemitismus ernst genommen und Straftaten konsequent verfolgt werden. Mit der Einrichtung der Position der Antisemitismusbeauftragten durch die Generalstaatsanwaltschaft Berlin wurde eine Stelle geschaffen, um die Erfassung und Verfolgung antisemitischer Straftaten im Austausch mit der Jüdischen Gemeinde und jüdischen Organisationen zu stärken.

3.2.1 Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien im Handlungsfeld Justiz und Innere Sicherheit

Ziel 1:

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justiz und der Polizei sind über die aktuellen Bedrohungen durch Antisemitismus informiert und für die Situation von Personen und Einrichtungen, die von antisemitischen Übergriffen betroffen oder bedroht sind, sensibilisiert.

Die Antisemitismusbeauftragte der Generalstaatsanwaltschaft initiiert und koordiniert, in Zusammenarbeit mit der für die Verfolgung antisemitisch motivierter Straftaten zuständigen Abteilung der Staatsanwaltschaft Berlin, Fortbildungsmaßnahmen für Dezernentinnen und Dezernenten der Berliner Strafverfolgungsbehörden zu Ursachen, Erscheinungsformen, Auswirkungen und Verfolgungsmöglichkeiten antisemitisch motivierter Delikte sowie zur Sensibilisierung im Umgang mit Opfern solcher Taten.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gerichte und Staatsanwaltschaften werden Informationsangebote zu den aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus entwickelt. Die o.g. „Arbeitsdefinition Antisemitismus“ bildet dafür die Grundlage.

Die Polizei Berlin ist in Bezug auf die Bedrohungslage von jüdischen Einrichtungen in der Stadt bereits im hohen Maße sensibilisiert. Insbesondere hinsichtlich der materiell technischen Prävention und der Sicherheitsvereinbarungen besteht eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit allen in diese Thematik eingebundenen Dienststellen der Polizei Berlin. Als Beispiel sei hierfür genannt, dass in Zusammenarbeit zwischen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin (JGzB), der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen und dem Landeskriminalamt Berlin 2017/2018 eine Revision der Sicherheitstechnik der JGzB mit zahlreichen Empfehlungen für die Modernisierung und Neuinstallation stattfand. Eine anlassbezogene Überprüfung der Sicherheitskonzepte findet statt. Dabei wird auch überprüft, wie der Schutz von jüdischen NGOs bzw. Organisationen, die sich gegen Antisemitismus engagieren, verbessert werden kann.

Ziel 2:

Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte wirken auf eine konsequente Strafverfolgung hin. Die Strafrichterinnen und Strafrichter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte, die antisemitisch motivierte Straftaten bearbeiten, verfügen über Kenntnisse der unterschiedlichen Anfeindungs- und Diskriminierungsmuster im Bereich Antisemitismus.

Für die Strafrichterinnen und Strafrichter, die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte die antisemitisch motivierte Straftaten bearbeiten, werden spezielle Fortbildungen angeboten, in denen aktuelle Kenntnisse der unterschiedlichen Anfeindungs- und Diskriminierungsmuster im Bereich Antisemitismus thematisiert werden. Die Veranstaltungen sollen dabei auch der Vernetzung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dienen.

Die Aus- und Fortbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Polizei ist an geeigneten Einrichtungen wie der Hochschule für Wirtschaft und Recht sowie der Polizeiakademie Berlin durchzuführen. Diese Einrichtungen sollen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die notwendigen Kompetenzen zum Erkennen von Antisemitismus in sämtlichen Erscheinungsformen vermitteln, um diesem Phänomen konsequent begegnen zu können. Die Aus- und Fortbildungsprogramme sollen aber auch speziellen Herausforderungen wie dem öffentlichen Zeigen antisemitischer Symbole auf Demonstrationen begegnen. Dazu zählt auch eine Verstärkung der politischen Bildung sowie der historischen Bildung, nicht zuletzt durch pädagogisch fundierte vor- und nachbereitete Besuche von Gedenkstätten und Erinnerungsorten.

Im Rahmen des Studiums zum mittleren und gehobenen Polizeidienst an der Hochschule für Wirtschaft und Recht wird der Themenkomplex Antisemitismus im Curriculum im jeweiligen sachlichen Zusammenhang in dem es auftritt stets berücksichtigt, so ins-

besondere bei den Themen „Grund- und Menschenrechte“ oder „Die Polizei in Staat und Gesellschaft“. Diese bereits vorhandenen Konzepte gilt es zu stärken.

Für die Aus- und Fortbildung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizei wird an der Polizeiakademie sowie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht die qualifizierte Aus- und Fortbildungen zum Thema Antisemitismus in ein zu entwickelndes Gesamtkonzept zur Prävention von Hasskriminalität eingebettet. Einem solchen Gesamtkonzept entsprechend sollten die vielfältigen Konfliktfelder der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit differenziert aufgenommen werden, wobei spezifische Einzelphänomene – wie z.B. der Antisemitismus – intensiv zu behandeln sind. Die Polizeiakademie Berlin wird diesbezüglich die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Vereinen und jüdischen Organisationen ausbauen.

Im Bereich der Ausbildung des mittleren Dienstes der Berliner Polizei werden zu den Leitthemen Polizeigeschichte, Wertesystem des Grundgesetzes und Diversität in der Gesellschaft auch Aspekte der unterschiedlichen Formen der strafrechtlichen Relevanz des Antisemitismus sowie Aspekte der Gleichbehandlung behandelt. Weiterhin werden in Zusammenarbeit mit jüdischen Organisationen Projekttag mit dem Themenbezug „Jüdisches Leben“ durchgeführt, auch um persönliche Begegnungen mit Jüdinnen und Juden zu ermöglichen.

Ziel 3:

Antisemitische Parolen, Motive oder Zeichen von antisemitischen Organisationen und ihrer Partnerorganisationen werden auf Versammlungen im öffentlichen Straßenbild nicht mehr gezeigt oder verwendet.

Antisemitische Parolen, Motive oder Zeichen von antisemitischen Organisationen und ihrer Partnerorganisationen werden auf Versammlungen im öffentlichen Straßenbild im rechtlich zulässigen Rahmen im Vorfeld verboten sowie bei Feststellung nachträglich sanktioniert. Die zuständigen Behörden nutzen alle Möglichkeiten durch Auflagen antisemitischen Bekundungen auf Aufmärschen wie zum Beispiel am sogenannten „Al-Quds-Tag“ vorzubeugen und setzen zur Durchsetzung dafür sprach- und sachkundige Beamtinnen und Beamte ein. Die Versammlungsbehörde prüft regelmäßig, ob Auflagen auch für Kundgebungen der sogenannten „BDS Kampagne“ nach § 15 VersG vor dem Hintergrund der versammlungsrechtlichen Gefahrenprognose möglich sind.

Die Auflagen zum Aufzug zum sogenannten „Al-Quds-Tag“ wurden insoweit erweitert, dass nicht nur Rufe und Parolen, die gegenüber Teilen oder Einzelnen einer ethnischen oder religiösen Gruppe ehrverletzend sind untersagt werden, sondern auch das Zeigen der Embleme der Hizb-Allah-Organisation nebst ihrer Unter- und Partnerorganisationen.

Der Verfassungsschutz unterstützt die Zielstellung, indem er zum Thema Antisemitismus im verfassungsfeindlichen Spektrum informiert.

Ziel 4:

Polizei und Justiz erfassen mit unterschiedlichen Instrumenten aktuelle Entwicklungen des Antisemitismus in Berlin und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Intervention und Prävention. Die statistische Erfassung antisemitischer Vorfälle soll verbessert werden.

Die Polizei Berlin intensiviert den bereits bestehenden Erfahrungs- und Informationsaustausch mit der Jüdischen Gemeinde zu Berlin sowie Nichtregierungsorganisationen mit dem Ziel, dort eingehende Informationen in repressive und präventive Maßnahmen umzusetzen bzw. einfließen zu lassen. Hierbei soll weiterhin überprüft werden, wie Polizeiberichte einerseits und Analysen der unabhängigen „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus“ andererseits synchronisiert werden können.

Die statistische Erfassung antisemitischer Straftaten im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität wurde aufgrund von Feststellungen im NSU-Komplex einer kritischen Betrachtung unterzogen und 2017 angepasst. Allerdings wird von Nichtregierungsorganisationen bemängelt, dass in der Statistik der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) wissenschaftliche Sichtweisen besser abgebildet sein müssten. Der Senat unterstützt die Bemühungen von Bund und Ländern, die statistische Erfassung zu erneuern und dabei Wissen und Kompetenzen von Expertinnen und Experten aus NGOs sowie den aktuellen Stand der Forschung zu antisemitischer Kriminalität einzubeziehen.

Ziel 5:

Die Bekämpfung von Antisemitismus und antisemitischen Strukturen im Internet und speziell in sozialen Netzwerken soll gestärkt werden.

Im Landeskriminalamt Berlin werden durch ausschließlich für diesen Zweck eingesetzte Internetauswerter anlassbezogene und themenfeldbezogene Recherchen durchgeführt, die für die normalen Sachbearbeitenden in der geleisteten Bandbreite und Tiefe aufgrund fehlender Fachkenntnisse nicht möglich sind.

Dieses Instrument gilt es zu stärken. Die polizeiliche Auswertung sozialer Netzwerke und dort offen zugänglicher Gruppen im Themenfeld Antisemitismus wird zu diesem Zweck intensiviert.

Hinsichtlich aktueller Entwicklungen und Darstellungsformen des Antisemitismus in sozialen Netzwerken wird – in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft – eine Qualifizierung und Sensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „Social Media“ bei der Polizei Berlin konzipiert. Darauf aufbauend werden durch die Polizei eigene auch präventive Akzente gegen Antisemitismus in sozialen Netzwerken gesetzt. Antisemitischen Reaktionen auf eigene Veröffentlichungen wird weiterhin adäquat begegnet.

Ziel 6:

Die Präventions- und Netzwerkarbeit zum Thema Antisemitismus wird gestärkt.

Die präventive Arbeit im Bereich des Antisemitismus ist überwiegend im Bereich des Polizeilichen Staatsschutzes des Landeskriminalamtes Berlin angesiedelt. Auch die po-

lizeiliche Prävention in den örtlichen Direktionen bildet hierbei eine wichtige Instanz. Die Zentralstelle für Prävention im Landeskriminalamt ist für Grundsatzvorgänge auf dem Gebiet der Kriminalprävention zuständig und stellt ihre Expertise allen Dienststellen zur Verfügung. Die weitere Stärkung der Präventions- und Netzwerkarbeit der Berliner Polizei und des Landeskriminalamtes im Hinblick auf Antisemitismus ist anzustreben.

3.3 Handlungsfeld „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur“

Jüdinnen und Juden haben das kulturelle Leben Berlins, das materielle und immaterielle Kulturerbe der Stadt seit Jahrhunderten entscheidend geprägt. Die Verfolgung, Vertreibung und Vernichtung der europäischen Juden und des jüdischen Lebens im Holocaust, der in Berlin geplant wurde, zerstörte diese Kultur. Es ist der Verdienst der jüdischer Bürgerinnen und Bürger und der jüdischen Gemeinschaft, das jüdische Leben, jüdische Kunst und Kultur seit 1945 in Berlin wieder aufgebaut wurden und heute eine neue Blüte erleben.

Zum Einsatz gegen Antisemitismus gehört die Arbeit der Gedenkstätten und Museen für eine demokratische Erinnerungskultur und die Aufklärung über den klassischen und israelbezogenen Antisemitismus, die Geschichte und Folgen des Nationalsozialismus und des Holocaust ebenso wie die Förderung der Sichtbarkeit des gegenwärtigen jüdischen Kunst- und Kulturlebens in seiner Vielfalt. Eine zentrale Rolle für die Verteidigung gesellschaftlicher Vielfalt und den Kampf gegen antisemitische Ressentiments spielt der religionsübergreifende Dialog, insbesondere zwischen Jüdinnen und Juden, Musliminnen und Muslimen, Christinnen und Christen ebenso wie konfessionsfreien Menschen.

3.3.1 Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien im Handlungsfeld „Jüdisches Leben in der Berliner Stadtkultur“

Ziel 1:

Jüdisches Leben und jüdische Kultur werden in Berlin in ihrer Vielfalt gefördert und als historischer wie gegenwärtiger und zukünftiger Bestandteil des Stadtlebens sichtbar gemacht.

Die Geschichte des jüdischen Lebens und der jüdischen Kultur wird in Berlin in renommierten bundes- und landesgeförderten Einrichtungen vermittelt.

Ein besonderes Augenmerk liegt – gerade in Anbetracht der besonderen Verantwortung Berlins als Stadt, die das Zentrum des nationalsozialistischen Terrorregimes bildete – auf den Gedenkstätten und Einrichtungen der Erinnerungskultur. Die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas, die Stiftung Topographie des Terrors, das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit und die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz erinnern an die Opfer des nationalsozialistischen Regimes und machen die historischen Stätten des Terrors im Stadtraum sichtbar. Sie tragen somit dazu bei, das historische Bewusstsein gerade auch bei den jüngeren Generationen wach zu

halten. Auch die historisch-politische Bildungsarbeit des Anne-Frank-Zentrums wird durch den Senat unterstützt. Im Rahmen der Initiative zur Stärkung der Vermittlung in den Berliner Landesmuseen und Gedenkstätten erhalten das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors, das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit sowie das Haus der Wannseekonferenz mit dem laufenden Doppelhaushalt zusätzliche finanzielle Unterstützung für die Bildungs- und Vermittlungsarbeit.

Mit dem Ziel dezentrales, bürgerschaftliches Engagement zu fördern, erhält der Verein Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V., bei dem auch die Koordinierungsstelle Stolpersteine angesiedelt ist, eine institutionelle Förderung durch das Land Berlin.

Mit dem bundesgeförderten Jüdischen Museum verfügt Berlin über einen herausragenden Ort der Reflexion über die jüdische Geschichte und Kultur sowie über Migration und Diversität in Deutschland; das Jüdische Museum fördert darüber hinaus mit seinen Jüdisch-Islamischen Gesprächskreisen auch den interreligiösen Dialog.

Durch die Förderung von Institutionen wie der Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum wird einerseits die jüdische Identität in der Stadt bewahrt und gesichert. Zugleich bietet das Centrum ein Podium für Diskussionen und Ausstellungen zur Herkunft und Darstellungen Berliner jüdischen Lebens. Das Centrum Judaicum erfährt im Doppelhaushalt 2018/19 eine deutliche finanzielle Verstärkung.

Jüdische Kunst und Kultur ist ein wichtiger Teil des Kulturlebens in Berlin und somit auch im Rahmen der Kunst- und Kulturförderung der Senatsverwaltung für Kultur und Europa. Werke jüdischer Künstlerinnen und Künstler sind integraler Bestandteil des kulturellen Angebots der Berliner Bühnen, Orchester, Museen, Galerien, Literaturhäuser und interdisziplinären Einrichtungen.

Um die Sichtbarkeit jüdischer Kultur weiter zu erhöhen, unterstützt die Senatsverwaltung für Kultur und Europa auch finanziell die von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin jährlich organisierten und mitgetragenen Jüdischen Kulturtage. Die Kulturtage machen die Vielfalt der jüdischen Traditionen in zeitgenössischer Kunst und Kultur für die Stadtgesellschaft erlebbar.

Ziel 2:

In Kultureinrichtungen sowie Kunst- und Kulturprojekten, die finanzielle Förderung durch das Land Berlin erhalten, darf Antisemitismus keinen Platz haben.

Der Senat wird in der Kulturförderung und in der Förderung der kulturellen Bildung einen Passus in Zuwendungsbescheide einfügen, dem zufolge – mit Verweis auf das AGG - die Zuwendung unter der Bedingung gewährt wird, dass es im Rahmen der Mittelverwendung zu keiner Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, einer rassistischen oder antisemitischen Zuschreibung, der Nationalität, der Religion und Weltanschauung, einer Behinderung, einer chronischen Erkrankung, des

Lebensalters, der sexuellen und geschlechtlichen Identität sowie des sozialen Status kommt.

Den wiederholten antisemitischen Boykottaufrufen der BDS-Kampagne gegen das Pop-Kultur Festival hat die landeseigene Musicboard Berlin GmbH als Veranstalterin – mit ausdrücklicher Unterstützung des Senats – eine unmissverständliche Absage erteilt. In dieser Position wird der Senat auch andere Kulturinstitutionen und -veranstalterinnen bzw. -veranstalter bestärken, wenn diese von ähnlichen Boykottaufrufen betroffen sein sollten.

Ziel 3:

Der religionsübergreifende Dialog – insbesondere der jüdisch-christliche und der jüdisch-muslimische – wird gestärkt und in der Breite der Stadtgesellschaft gelebt.

Durch den Beauftragten für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften unterstützt der Senat Institutionen und Projekte mit dem Ziel, Anlässe für religionsübergreifende Begegnungen zu schaffen, den Dialog zu fördern und Vorurteile abzubauen.

Jüdisches Leben in Berlin umfasst heute eine Vielzahl von Narrativen verschiedener Generationen und Herkünfte. In den vergangenen Jahren sind junge jüdische Menschen nach Berlin und Deutschland gekommen – viele aus Israel –, die versuchen sich in die Stadtgesellschaft einzubringen und diese weiter zu entwickeln.

Vor diesem Hintergrund fand Anfang November 2018 der erste Jüdische Zukunftskongress in Berlin statt. Mehr als 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten an vier Tagen über neue Formen der Erinnerungskultur und künftige Perspektiven jüdischen Lebens in unserer und in der europäischen Gesellschaft. Der Kongress entstand auf Initiative der Senatsverwaltung für Kultur und Europa und des Leo-Baeck-Instituts sowie mit der Unterstützung der Bundeszentrale für Politische Bildung.

Neue Formate für Projekte, die vor allem den jüdisch-muslimischen Dialog stützen und voranbringen sollen, sollen gefördert werden. Hierfür sind entsprechende Mittel beim Beauftragten für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften vorgesehen.

Der jüdisch-christliche Dialog steht im Zentrum der Aufgaben der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit. In der Woche der Brüderlichkeit, die die Gesellschaft seit vielen Jahren erfolgreich durchführt, werden nicht nur christlich-jüdische Themen bearbeitet, sondern in den letzten Jahren auch vermehrt muslimische Personen oder Vereine einbezogen. Die Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit wird im laufenden Doppelhaushalt mit zusätzlichen Mitteln ausgestattet, um ihre Arbeit zu intensivieren.

Mit dem Moses-Mendelssohn-Preis zur Förderung der Toleranz gegenüber Andersdenkenden und zwischen den Völkern und Religionen würdigt der Senat herausragendes zivilgesellschaftliches Engagement für den religionsübergreifenden Dialog und ein friedliches und tolerantes Miteinander.

Der Beauftragte für Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften will vor allem die Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften untereinander stärken. Es kommt hierbei vor allem darauf an, die positiven Kräfte der Religionen für die Gesellschaft sichtbar zu machen und zu unterstützen. Aus diesem Grunde fördert der Beauftragte einzelne Projekte, die dem Dialog und dem gegenseitigen Verständnis gewidmet sind und dem religionsübergreifenden Austausch dienen. Diese für den Abbau von Vorurteilen zentrale Arbeit soll in den nächsten Jahren weiter ausgebaut werden.

3.4 Handlungsfeld „Wissenschaft und Forschung“

Die Hochschulen des Landes befassen sich in vielfältigen wissenschaftlich-rationalen Kontexten mit der Thematik Antisemitismus. Hervorzuheben ist, dass an allen staatlichen Hochschulen, einschließlich der konfessionellen Hochschulen Berlins vielfältige, hoch engagierte Lehr- und Forschungstätigkeiten im Rahmen der Arbeit gegen Antisemitismus ausgeübt werden.

Die Hochschulen Berlins sind weltoffen und eine Drehscheibe unterschiedlicher Kulturen. Daher gehört die gleichberechtigte Teilhabe aller Universitätsmitglieder ungeachtet des Alters, einer Behinderung oder gesundheitlichen Beeinträchtigung, des Geschlechts und der sexuellen Orientierung, der sozialen Herkunft und sozial-familiären Lage, der Nationalität und ethnischen Zugehörigkeit sowie der Religion und Weltanschauung zu ihrem Wertekanon.

Im Zeichen persönlicher Verpflichtung, gesellschaftlicher Verantwortung und Vorbildfunktion als öffentliche Institution in der Gesellschaft ist das Ziel einer diskriminierungs- und barrierefreien Lehr-, Lern- und Arbeitsumgebung sowie einer wertschätzenden Zusammenarbeit aller Statusgruppen handlungsleitend, um selbstkritisch Ausgrenzungsmechanismen zu erkennen, abzubauen und Integrationsmöglichkeiten zu schaffen.

Als Raum für intellektuelle Gemeinschaft und offenen Diskurs integrieren die Hochschulen plurale Forschungsansätze und Lehrkonzepte sowie unterschiedlichste Erfahrungshintergründe, um exzellente Wissenschaft sicherzustellen. Die Mitglieder der Hochschulen in Forschung, Lehre und Verwaltung fühlen sich einer Kultur der Wertschätzung, Anerkennung, Offenheit und des Respekts verpflichtet und verstehen die erfolgreiche und nachhaltige Erfüllung struktureller Chancengleichheit als ein immanentes Ziel ihrer Tätigkeiten.

Unter diesen Gesichtspunkten räumen alle Hochschulen verantwortungsbewusst dem Thema Antisemitismus-Prävention einen hohen Stellenwert ein und führen im Rahmen des betrieblichen Weiterbildungsangebots sowie in der Lehrkräftebildung Maßnahmen und Aufgaben durch.

Lehre und Studium der Berliner Hochschulen sind stets auf Forschendes Lernen, Diversität und Partizipation ausgerichtet. Hierin eingebunden ist das Ziel des Studiums: Die Vermittlung fachlicher Kompetenzen und Kenntnisse zur Herausbildung von kritisch-reflektierten Persönlichkeiten. Dies basiert auch auf den Grundwerten der Demokratie, der Menschenrechte und der sozialen Gerechtigkeit. Die Hochschulen verfolgen die Zielsetzung, sowohl curricular als auch außer-curricular, ihren Studierenden Kompetenzen im interkulturellen Miteinander zu vermitteln und somit die Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Religionen sowie deren Fähigkeit zu bürgerschaftlicher Teilhabe zu erhöhen.

Mit einer Diversity-Strategie wird die Erschließung und Förderung der mit der Vielfalt verbundenen Ressourcen und Potenziale der Beteiligten verfolgt. Die kritische Auseinandersetzung mit Antisemitismus (wie insgesamt mit den vielfältigen Formen von Rassismus und Diskriminierung) gehört daher auf allen Ebenen zum Selbstverständnis von Lehre und Forschung an den Berliner Hochschulen.

Dazu zählen insbesondere die inhaltliche und konkrete Auseinandersetzung in Lehr- und Lernkontexten mit Rassismus und Antisemitismus, auch wenn Antisemitismus nicht durchgehend thematisiert ist, sondern Bestandteil der Auseinandersetzung mit Religionen ist, als auch in Bezug auf Erscheinungsform von Rassismus und Menschenfeindlichkeit aufgegriffen wird. Veranstaltungen in den Themenfeldern Rechtsextremismus und zu Interkultureller Kompetenzentwicklung sind gleichfalls zu nennen.

Im Hinblick auf den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Freiheit von Forschung und Lehre bestimmen die Hochschulen ihrerseits selbstverständlich eigenverantwortlich Art, Inhalt, Tiefe und Differenziertheit der Auseinandersetzung mit der Thematik. Gleichwohl hat der Senat zu einzelnen akademischen Sachverhalten Forderungen adressiert.

Ziel 1.:

Antisemitismus als Querschnittsthema in der Lehrkräfteausbildung

Ein zentrales Anliegen des Senats liegt in einer verstärkten Sensibilisierung des Lehrkräftenachwuchses aller Fächer für die im Schulalltag auftretenden Formen von Antisemitismus. Es geht dabei um Empowerment im Umgang mit auftretendem Antisemitismus sowie um eine Stärkung der diesbezüglichen Lehrinhalte an den Hochschulen. Hierzu zählt zum einen der Ausbau der historisch-politischen Bildung über die jahrhundertelange Diskriminierung von Juden, über die NS-Verfolgung und die Shoa, ebenso wie über die aktuellen Formen von Antisemitismus in unserer heutigen Gesellschaft. Auch die internationalen Konflikte, die einen Nährboden für Judenfeindlichkeit schaffen sind in der Bildungsarbeit zu thematisieren. Zugleich geht es darum, mehr über jüdisches Leben zu lernen, religiöse Bildung über das Judentum in seiner Vielfalt zu vermitteln und diese als selbstverständlichen Teil der heutigen Gesellschaft zu verstehen. Antisemitismus, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Mobbing sind gezielter als zuvor als Querschnittsthemen in die Lehrkräfteausbildung für alle Lehrkräfte aufzunehmen.

Den angehenden Lehrkräften wird von Anfang an vermittelt, dass die Schule ein geschützter Raum sein muss, in dem sich alle Akteurinnen und Akteure diskriminierungssensibel verhalten. Eine Antidiskriminierungskultur ist die Grundlage gleichberechtigten Lernens und muss im schulischen Alltag vorgelebt werden. Das können die künftigen Lehrenden aber nur dann leisten, wenn sie bereits in der universitären Ausbildung erfahren, dass das Engagement für eine diskriminierungssensible Schulkultur zu ihren beruflichen Aufgaben gehört und wenn ihnen in diesem Zusammenhang das entsprechende didaktisch-methodische Handwerkszeug nahe gebracht wird.

Ziel 2.:

Politische Bildung an den Hochschulen stärken

Dem Senat ist wichtig, die politische Bildung insgesamt an den Hochschulen zu stärken, um so in den nächsten Jahren qualifizierten Nachwuchs für diesen wichtigen Bereich der Prävention hervorzubringen. In den Studiengängen der sozialen Arbeit sollte das Thema Demokratiebildung mit einem besonderen Akzent auf der Sensibilisierung für alltäglichen Antisemitismus einen höheren Stellenwert erhalten. In diesem Zusammenhang wird auch erwogen, an einer Berliner Universität einen Lehrstuhl für außerschulische Politische Bildung einzurichten, um perspektivisch u.a. der offenen Kinder- und Jugendarbeit neue Impulse in der Auseinandersetzung mit Antisemitismus und anderen Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu verleihen.

Ziel 3.:

Die Forschungsförderung zum Antisemitismus ist langfristig angelegt.

Berlin verfügt mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin (ZfA) über das bundesweit einzige Institut, das sich dem Phänomen Antisemitismus in seinen verschiedenen historischen Dimensionen explizit widmet. Das ZfA ist seit 1982 eine wissenschaftliche Forschungseinrichtung an der TU Berlin. Es beschäftigt sich mit Vorurteilen und ihren Folgen wie Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus. Das Zentrum für Antisemitismusforschung widmet sich ferner der interdisziplinären wissenschaftlichen Grundlagenforschung, fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs – seit 2014 auch in einem eigenen Studiengang - und ist regional, national wie international in der politischen Bildung und Beratung aktiv.

Kernpunkt seiner Arbeit ist die wissenschaftliche Forschung zu Antisemitismus, anderen Formen von Diskriminierung und Ausgrenzung sowie zur jüdischen Geschichte und der Geschichte des Holocaust und seiner Vermittlung. Die Aktivitäten des ZfA – Wissenschaft, Nachwuchs, Aus- und Fortbildung, Öffentlichkeit – sollen zukünftig gebündelt im geplanten Arthur-Langerman-Archiv am ZfA ihren Ort finden, das sich auf allen Ebenen und für die unterschiedlichen Zielgruppen mit der antisemitischen Alltagskultur, ihrer Visualität und ihrem emotionalen wie ideologischen Gehalt beschäftigen wird. Die weltweit einzigartige Sammlung antisemitischer Artefakte, die das ZfA anstrebt, birgt ein großes Potenzial, diesen vielfachen Anforderungen – gerade auch in Zeiten des wachsenden Einflusses der visuellen Kultur der Social Media – in Forschung, Bildung und Ver-

mittlung gerecht zu werden. Der Senat erwägt, die Etablierung des Langerman-Archivs finanziell zu unterstützen.

Jenseits dieser institutionellen Aufstellung bedarf es jedoch mehr Anstrengungen, um Forschungsvorhaben zu ermöglichen, die sich gezielt sowohl mit den historischen Entwicklungen als auch den gegenwartsbezogenen Formen des Antisemitismus befassen und die sowohl die Perspektive der nichtjüdischen als auch der jüdischen Bevölkerung berücksichtigen. Diese sollten interdisziplinär und sowohl quantitativ als auch qualitativ angelegt werden. Außerdem sollte eine stärkere praxisbezogene Antisemitismusforschung etabliert werden, jenseits der Evaluation von Bundesprogrammen, letztlich auch als Basis für einen intensiveren Dialog zwischen Forschung und Praxis.

3.5 Handlungsfeld „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“

Antisemitismus als ein in der Geschichte tief verwurzelt Problem wird mit kurzfristig angelegten Maßnahmen nicht verschwinden. Deswegen ist es die Aufgabe staatlicher Institutionen Rahmenbedingungen für eine Auseinandersetzung mit Antisemitismus zu schaffen, die auf Dauer angelegt ist. Nur eine kontinuierliche Präventionsarbeit kann auf den Erfahrungen vergangener Problembearbeitung aufbauen, misslungene oder gelungene Ansätze identifizieren und diese in den Alltag von Institutionen und Nachbarschaften übertragen. Mit dem Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist im Land Berlin eine langfristige Förderstruktur gegeben. Bereits seit einigen Jahren setzt der Berliner Senat mit seinem Landesprogramm auf den Aufbau dauerhafter Expertise in Vereinen und Bildungseinrichtungen. Die Förderung im Landesprogramm verfolgt dabei eine strategische Zielsetzung, die sich auf vier Aspekte zuspitzen lässt:

- Antisemitismus sichtbar machen (zivilgesellschaftliches Monitoring).
- Kompetenzen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus stärken (diverse Bildungsprojekte, insbesondere für Schulen plus Angebote der Mobilien Beratung).
- Von Antisemitismus betroffene Personen unterstützen (Angebote der Opfer- und Antidiskriminierungsberatung).
- Antisemitismus in jeder Form öffentlich ächten (z.B. mit dem Personenbündnis „Berliner Ratschlag für Demokratie“).

Der Berliner Senat würdigt ausdrücklich das Engagement der Berliner Träger der Antisemitismus-Prävention. Ihre Arbeit ist notwendiger Bestandteil einer Gesamtstrategie gegen Antisemitismus, weil sie als zivilgesellschaftliche Akteure die gesellschaftlichen Problemlagen unmittelbar aufgreifen und in die Präventionsarbeit einspeisen können. Die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure als Impulsgeberinnen und als Anwaltschaft der Antisemitismus-Prävention ist überaus wichtig. Nicht zuletzt ist die Arbeit der Träger auch eine Ergänzung des Handelns staatlicher Regeldienste. Der Berliner Senat wird die Expertise dieser zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure wei-

terhin im Rahmen von Vernetzungs- und Themenveranstaltungen einholen und in die Weiterentwicklung der Berliner Antisemitismusprävention einbeziehen.

Neben der spezifischen Expertise der Träger der Präventionsarbeit beteiligen sich zahlreiche Akteure der Stadtgesellschaft, so etwa Vereine, Verbände und Religionsgemeinschaften an der Auseinandersetzung mit Antisemitismus. Der Berliner Senat unterstützt dieses Engagement durch die Bereitstellung von Beratungsangeboten im Rahmen des Berliner Landesprogramms. Es ist aber auch wichtig, das wertvolle Engagement von Vereinen und Verbänden in die Berlin-weite Auseinandersetzung gegen Antisemitismus einzubeziehen. Dies geschieht insbesondere in Netzwerken und Personenzusammenschlüssen, die sich für das demokratische Zusammenleben in Berlin einsetzen. So finden sich beispielsweise im „Berliner Ratschlag für Demokratie“ Spitzenvertreterinnen und -vertreter von Verbänden und Religionsgemeinschaften zusammen, um eine klare Positionierung der Stadtgesellschaft gegen Antisemitismus zu unterstützen.

Diese vielen positiven Aspekte geben aber keinerlei Anlass zur Zufriedenheit. Die verschiedenen Berichte über antisemitische Ereignisse in Berlin zeigen: Alle bisherigen Anstrengungen reichen noch nicht aus. Es ist deswegen notwendig, die Entwicklungen des Antisemitismus und die Lücken der Präventionsarbeit stetig neu zu erforschen. Der Berliner Senat wird deswegen die Ausrichtung und Umsetzung der Präventionsarbeit regelmäßig überprüfen und die ergänzende Prävention weiter ausbauen.

Zielsetzungen und Umsetzungsstrategien im Handlungsfeld „Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention“:

Ziel 1:

Die Prävention von Antisemitismus bildet in Berlin einen zentralen Bestandteil einer umfassenden Gesamtstrategie zur Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Berlin verfügt mit der Landeskonzeption „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechts extremismus, Rassismus und Antisemitismus“ über ein integriertes Querschnittskonzept zur Stärkung einer demokratischen Stadtkultur. Der Berliner Senat wird die Landeskonzeption mit neuem Leben füllen und bis zum Frühjahr 2021 weiterentwickeln. Hierfür wird die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung die Koordination übernehmen und einen konsultativen Prozess mit Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft anstoßen.

Die weiterentwickelte Landeskonzeption wird eine Berliner Gesamtstrategie zur Auseinandersetzung mit allen Formen der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit sein. Spezifische Strategien, z.B. gegen Antisemitismus werden in dem Konzept herausgearbeitet und dargestellt. Denn nur mit einer spezifischen Vertiefung können bestimmte Wirkungsweisen von Antisemitismus sichtbar gemacht und bearbeitet werden.

Ziel 2:

Der Berliner Senat ermöglicht die dauerhafte Förderung von Präventionsmaßnahmen, die der Heterogenität der Berliner Stadtbevölkerung gerecht werden und Antisemitismus in allen seinen Ausformungen thematisiert. Maßnahmen der Antisemitismus-Prävention werden evaluiert.

Mit dem Berliner Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ hat Berlin eine dauerhafte Projektförderstruktur zur Absicherung der Berliner Präventionsmaßnahmen geschaffen. Das Programm wird fortgesetzt und ausgebaut. In den durch das Landesprogramm geförderten Präventionsmaßnahmen werden spezifische Aspekte des Antisemitismus in eingewanderten Communities ebenso adressiert wie der gesamtgesellschaftliche, seit Generationen weitergegebene Antisemitismus. Bei der Bewertung und Bewilligung von Projektanträgen ist das Erreichen der heterogenen Zielgruppen der Berliner Stadtbevölkerung ein wichtiges Kriterium. Die zuständige Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung achtet zudem darauf, dass Maßnahmen gegen Antisemitismus im Landesprogramm zielgruppenadäquat nicht nur den historischen Antisemitismus in seiner Ausprägung bis 1945 thematisieren, sondern auch aktuelle Formen berücksichtigen.

Das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ wird im Jahr 2019 evaluiert. Darin inbegriffen ist auch die Evaluation der Maßnahmen gegen Antisemitismus.

Ziel 3:

In Berlin werden antisemitische Vorfälle detailliert erfasst. Neben der behördlichen Erfassung antisemitischer Vorfälle wird eine dauerhafte zivilgesellschaftliche Erfassung ermöglicht, die auch Vorfälle ohne strafrechtliche Relevanz aufnimmt. Geeignete Maßnahmen ermutigen betroffene Personen zur Anzeige und Meldung antisemitischer Vorfälle. Im sog. „Berlin Monitor“ und in Studien zu antisemitischen Akteurinnen und Akteuren wird die Problematik des Antisemitismus in Berlin analysiert.

Mit der Gründung der „Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin“ (RIAS) im Januar 2015 beim Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. wurde in Deutschland erstmals zusammen mit jüdischen und nichtjüdischen Organisationen ein bundeslandweites Meldernetzwerk für antisemitische Vorfälle aufgebaut. Die regelmäßigen RIAS-Berichte geben seither detailliert Auskunft über erfasste Vorfälle. RIAS orientiert sich bei seiner Erfassung an den Bedürfnissen und Wahrnehmungen der Betroffenen. RIAS erfasst auch Vorfälle, die nicht angezeigt wurden oder keinen Straftatbestand erfüllen, veröffentlicht diese auf Wunsch der Betroffenen und vermittelt kompetente psychosoziale, juristische, Antidiskriminierungs- oder Opferberatung. Zentrales Prinzip der Arbeit von RIAS ist der Vertrauensschutz. Die Betroffenen erhalten einen geschützten Rahmen für ihre Problemmeldung, was die Schwellen zu Problemanzeige senkt. Gleichzeitig werden Betroffene durch die Sichtbarmachung des Antisemitismus zur Meldung von Vorfällen ermutigt. Auf diese Weise leistet RIAS einen wertvollen Beitrag zur Erhellung des Dunkelfeldes antisemitischer Vorfälle. Dieser Aspekt wird zusätzlich

verstärkt, indem RIAS den regelmäßigen Erfahrungsaustausch mit den zuständigen Strafverfolgungsbehörden sucht. Die Auswertung von antisemitischen Vorfällen in Berlin wird seitens RIAS stadtraumbezogen differenziert. Auf der Basis dieser Analysen können stadtraumbezogene Präventionskonzepte angestoßen werden. Die Arbeit von RIAS ist damit ein wichtiger Grundpfeiler und Ausgangspunkt der Antisemitismus-Prävention in Berlin. Wegen der besonderen Bedeutung von RIAS für die Präventionsarbeit im Land Berlin sind im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus regelmäßig Mittel zur Projektfinanzierung disponiert.

Die Problematik des Antisemitismus wird aber auch jenseits des RIAS-Meldesystems in weiteren Formaten erfasst. Beispielsweise werden mit dem „Berlin-Monitor“ ab 2019 im zweijährigen Abstand die Einstellungen der Berlinerinnen und Berliner zu Demokratie und Politik untersucht. Dabei werden Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, menschenverachtende Einstellungen und die Akzeptanz von Pluralismus und der gesellschaftliche Zusammenhalt betrachtet. Mit der Durchführung wurde die Universität Leipzig beauftragt. Ein inhaltlicher Schwerpunkt des erstens Berlin-Monitors wird die Untersuchung antisemitischer Einstellungen in der Hauptstadt sein.

Ziel 4:

Im Fall von antisemitischen Anfeindungen und Angriffen erfahren die Betroffenen eine deutlich wahrnehmbare Solidarität und erhalten eine spezifizierte Beratung und Unterstützung.

Die Ächtung von Antisemitismus und die Solidarität der Stadtgesellschaft mit den Betroffenen ist eine Grundbedingung für eine erfolgreiche Prävention. Es ist dabei wichtig, dass Politik und Zivilgesellschaft keinen Zweifel an ihrer Positionierung gegen Antisemitismus aufkommen lassen und Betroffenen schnell ihre Solidarität zusprechen. Der Berliner Senat unterstützt eine solche Positionierung durch die Förderung von Beratungsangeboten. Zudem unterstützt der Senat mit dem „Berliner Ratschlag für Demokratie“ ein Personenbündnis, welches sich in der Öffentlichkeit gegen Antisemitismus ausspricht und zur Ächtung antisemitischer Ideologien beiträgt.

Der Berliner Senat zielt aber auch darauf ab, die Berliner Solidaritätsnetzwerke zu erweitern und neue Formen der Kooperation zu initiieren. Mit dem Ziel der Stärkung jüdisch-muslimischer Allianzen wird der Berliner Senat im Rahmen des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus die Förderung eines kooperativen Projekts jüdisch - muslimischer Jugendlicher und / oder jüdisch - muslimischer Akteure aus der Zivilgesellschaft ermöglichen.

Im Fall von antisemitischer Gewalt und Diskriminierung benötigen die betroffenen Personen allerdings nicht nur öffentliche Solidarität sondern u.U. im Nachgang eines Vorfalls auch eine konkrete Unterstützung im Alltag. Opfer menschenverachtender Gewalt und von Diskriminierung betroffene Personen können sich bereits jetzt an die spezialisierten Beratungsstellen im Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wenden. Der Berliner Senat beabsichtigt jedoch dieses Angebot durch ein auf Antisemitismus spezialisiertes Beratungsangebot zu ergänzen. Im Rah-

men des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus werden die Voraussetzungen für eine entsprechende Projektförderung geschaffen. Ziel ist die Weiterführung von im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ erfolgreich erprobten Beratungsangeboten, sofern die Zuwendungsvoraussetzungen vorliegen. Bei der Umsetzung wird das Entstehen von Parallelstrukturen verhindert, indem das neue Beratungsangebot in die verschiedenen Vernetzungszusammenhänge der Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (LADS) integriert wird.

Ziel 5:

Berlin prüft eine Bundesratsinitiative, um die Erbringung von Dienstleistungen und Waren in Deutschland zu untersagen, deren Anbieterinnen und Anbieter Jüdinnen und Juden oder Israelis diskriminieren. Menschen jüdischen Glaubens werden bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen vor Diskriminierung geschützt.

Der Senat wird ausweislich der Richtlinien der Regierungspolitik in dieser Legislaturperiode eine Bundesratsinitiative zur Nachbesserung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) auf den Weg bringen. Angesichts der zahlreichen Barrieren, die mit dem individuellen Rechtsschutz verbunden sind, wird die Bundesratsinitiative auch Vorschläge zur Stärkung kollektiver Rechtsschutzinstrumente beinhalten und damit auch auf die Verbesserung des Schutzes gegen diskriminierende Geschäftspraktiken zielen.

Teil 2

Maßnahmenkatalog der Berliner Senatsverwaltungen zum Berliner Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismus-Prävention

Eine ausführliche Darstellung der finanziellen Hinterlegung der aufgeführten Maßnahmen zur Antisemitismus-Prävention kann in der Beantwortung der Schriftlichen Anfrage Nr. 18-17738 eingesehen werden.

Maßnahmen im Handlungsfeld „Bildung und Jugend: Frühkindliche Bildung, Jugend, Schule und Erwachsenenbildung“**Maßnahmen im Bereich Frühkindliche Bildung und Jugend**Onlineportal „Demokratie. Vielfalt. Respekt.“

Das Online-Portal richtet sich an pädagogische Fachkräfte aus Kitas, Familienförderung, Jugend(sozial)arbeit und Jugendbildungsarbeit. Es bietet eine gut strukturierte und aufbereitete Übersicht über Angebote der Intervention gegen und Prävention von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Berlin. Alle Projekte, deren Angebote auf diesen Seiten eingestellt sind, werden entweder durch das Berliner Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ oder die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie bzw. durch das Bundesprogramm „Demokratie leben!“ gefördert. Das Onlineportal ist im Auftrag des [Landesdemokratiezentrum Berlins](#) der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung im Rahmen des Bundesprogramms [„Demokratie leben!“](#) entstanden und wird von der [Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin](#) redaktionell erarbeitet und betreut. Die Plattform wird im Hinblick auf die Antisemitismusprävention weiter ausgebaut und als wichtiges Instrument für die Information von pädagogischen Fachkräften intensiv beworben. Mehr Informationen finden sich unter: www.demokratie-vielfalt-respekt.de

Jugend-Demokratiefonds Berlin –Landesprogramm "STARK gemacht! - Jugend nimmt Einfluss"

Der [Jugend-Demokratiefonds Berlin](#) ist ein Beitrag, um Kindern und Jugendlichen Grundlagen demokratischen Handelns näher zu bringen und direkte Beteiligung an gesellschaftlicher Gestaltung und Aushandlungsprozessen zu ermöglichen. Dabei wird auch das Engagement von jungen Menschen gegen Rassismus und Antisemitismus in Berlin befördert. Der Jugend-Demokratiefonds fördert innovative und modellhafte Projekte, die sich in besonderer Weise für eine Demokratiestärkung in Berlin einsetzen. Kinder und Jugendliche sollen Demokratie erleben und gestalten können. Durch ihre eigene und direkte Beteiligung erlernen und vertiefen sie ihre Fähigkeiten Demokratie zu leben und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten. Dazu müssen plurale Werte, Regeln und Abläufe von Demokratie und Partizipation lebendig vermittelt werden. Partizipation wird am besten durch das eigene Handeln, Erproben und Erleben erlernt. Deshalb soll Demokratie in ihren Facetten als integraler Bestandteil des alltäglichen Lebens und

Handelns vermittelt werden. Mehr Informationen finden sich unter: www.stark-gemacht.de

AntiAnti - Prävention von Online-Radikalisierung

Wie werden Jugendliche online u.a. mit antisemitischen Inhalten angesprochen? Welche Diskussionen und Lernprozesse können ihnen dabei helfen, antisemitische Inhalte zu identifizieren und einen eigenen Standpunkt zu bewahren bzw. zu entwickeln? Wie können Jugendliche selbst aktiv werden und sich mit ihren Peers gegen diskriminierende Ideologien einsetzen? Das Projekt AntiAnti bietet an neuen medialen Lebenswelten orientierte Workshops zu den Themen Rechtsextremismus, Islamismus und Antisemitismus an. Die Angebote richten sich an Jugendliche und junge Erwachsene in schulischen und außerschulischen Kontexten. Dieser Ansatz der Präventionsarbeit greift dabei stets aktuell die Strategien extremistischer Akteure im Netz auf und setzt gleichzeitig an medialen Nutzungsgewohnheiten junger Menschen an. Das Projekt kombiniert innovative medienpädagogische Formate mit Inhalten politischer Bildungsarbeit.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie, Abteilung Jugend finanziert das Projekt, das vom Träger mediale pfade umgesetzt wird, seit 2018. Mehr Informationen finden sich unter: [#wirsindanti.org](https://www.wirsindanti.org)

Jugendbildungsstätten

Jugendbildungsstätten sind außerschulische Lernorte, die für Kinder und Jugendliche ein breit gefächertes Bildungsangebot bereitstellen. Neben der außerschulischen Bildung richten sich viele Angebote auch an Schulklassen. Diese Seminare werden in enger Abstimmung mit den Lehrkräften und Schülern geplant und durchgeführt.

Die Inhalte der Seminare sind vor allem auf aktuelle gesellschaftliche Herausforderungen und Themen bezogen. Dazu zählt unter anderem die Auseinandersetzung mit der Vielfalt der Gesellschaft, der Entwicklung von Identität und Lebensperspektiven, mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Gewalt. Mehr Informationen finden sich unter: <https://ljbberlin.de/landesjugendring/jugendbildungsstaetten>

Jugendverbände

Jugendverbände sind Orte, an denen Jugendarbeit von jungen Menschen selbst organisiert, gemeinschaftlich gestaltet und mitverantwortet wird. Kinder und Jugendliche lernen in Jugendverbänden, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Sie vertreten hier ihre eigenen Interessen und setzen sich für andere ein. Jugendverbände sind Orte nicht-formalen Lernens, an denen sich Kinder und Jugendliche Wissen, Werte, Selbst- und Sozialkompetenz aneignen. Jugendverbände sind auch Orte politischer Bildung, dabei spielt das Thema Antisemitismus in Seminaren, internationalen Begegnungen (bspw. mit Israel), Gedenkstättenfahrten und Projekten der historisch-politischen Bildung eine wichtige Rolle. Mehr Informationen finden sich unter: <https://ljbberlin.de>

Konsultationskitas

Seit dem Jahr 2011 fördert die [Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie](https://www.senat-berlin.de/) das Projekt: "Konsultationskitas des Landes Berlin". Unter dem Motto: „Berliner Bildungsprogramm live – Pädagogische Qualität praxisnah erleben!“ bieten sieben Ber-

liner Kitas Besucherinnen und Besuchern die Möglichkeit eines fachorientierten Erfahrungsaustauschs zu verschiedenen Schwerpunkten in ihrer Arbeit mit dem Berliner Bildungsprogramm an. Das Thema Partizipation als Teil der Demokratiebildung ist als Querschnittsthema in allen (Konsultations)-Kitas verankert. Mehr Informationen finden sich unter: <https://konsultationskitas.de/>

Die Kita Sonnenkäfer (FiPP e.V.) hat den Schwerpunkt auf die Thematik: „Vielfalt und Inklusion – Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung“ gesetzt, sodass das Thema Demokratiebildung sowohl in der Breite (Querschnittsthema) als auch methodisch abgerundet wird.

Sozialpädagogisches Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (2019)

<https://sfbb.berlin-brandenburg.de/>

Fortbildungsangebote zu den Themen Migration, Vielfalt und Demokratiebildung

Hier: Antisemitismus:

Antisemitismus – (k)ein Thema der Jugend(sozial)arbeit?!, 14./15.03.2019.

Fair Skills - Menschenverachtenden Haltungen und Rechtsextremismus durch Jugendkulturarbeit begegnen in Kooperation mit Cultures Interactive e.V., 10./11.09.2019.

Fachtag: „Jugendarbeit: Partizipation - Demokratiebildung - Einmischen - Mitmischen!“, 21.03.2019.

Fachübergreifendes Themenfeld "Vielfalt von Lebenswelten gestalten"

Antisemitismusprävention in Jugendhilfe – aber wie? Praxis, Theorie, Anregungen und Methoden Anregungen in Kooperation mit der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIGa e.V.), 02./03.12.2019.

Fortbildungsangebote zu den Themen Demokratiebildung im Arbeitsfeld Kindertagesförderung (Auswahl)

Gewusst wie: Demokratische Teilhabe ermöglichen, 07./08.02. + 18./19.09.2019

Partizipation von Kindern in der Kita unter Berücksichtigung der einzelnen Bildungsbereiche, 01./02.04.2019.

Vorurteilsbewusste und diskriminierungssensible Gestaltung der Lernumgebung in der Kita, 27. – 28.05.2019.

Rassistische Vorurteile in der Kita? Bei uns doch nicht! Rassismuskritische pädagogische Arbeit: Eine Einführung, 14.08.-15.08.2019.

Beratungsteam Antisemitismusprävention in Kita und Jugendarbeit

Um das Thema Antisemitismus insgesamt stärker im Arbeitsfeld der frühen Bildung und der Kinder- und Jugendarbeit zu verankern, soll ab 2020 ein Beratungsteam eingerichtet werden, das bezirksübergreifend Einrichtungen der Frühen Bildung und der Jugendarbeit bei der Entwicklung und Durchführungen von Projekten berät und unterstützt, sowie für die Prozessbegleitung bei der Verankerung des Themas in den Bezirken zur Verfügung steht.

Maßnahmen zur Prävention von Antisemitismus an Berliner Schulen

Unterstützungssystem im Bereich der Auseinandersetzung mit Antisemitismus

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie hat den Schulen ein zusätzliches Unterstützungssystem im Bereich der Auseinandersetzung mit Antisemitismus zur Verfügung gestellt, darunter

- Einschlägige Fortbildungen für Lehrkräfte, Schulberaterinnen und Schulberater.
- Durchführung von Projekttagen „Israel anders erleben“ zusammen mit der israelischen Botschaft für ca. 600 Berliner und Brandenburger Schülerinnen und Schüler.
- Zusammenarbeit mit dem American Jewish Committee (AJC) im Bereich der Demokratiebildung und der Bekämpfung des Antisemitismus. Im Rahmen dieser Zusammenarbeit entstanden die Grundwertecurricula für Demokratie „Hands across the campus“ und „Hands for Kids“.
- Einsetzung einer Antidiskriminierungsbeauftragten für Schulen bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
- Personelle und finanzielle Unterstützung für die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KlgA), um die konkrete Arbeit zur Antisemitismus-Prävention vor Ort, an den Schulen, weiter zu verstärken, insbesondere durch die 2018 neu eröffnete „Praxisstelle Schule zur Bekämpfung von Antisemitismus“

Rahmenlehrplan

In dem seit dem Schuljahr 2017/18 wirksamen Rahmenlehrplan 1-10 für Berlin und Brandenburg wurde der Auftrag an Schulen, fachübergreifend gegen jede Form von Diskriminierung durch Bildung, Aufklärung und Dialog entgegenzutreten, in einer gänzlich neuen Konzeption verankert: Die übergreifenden Themen „Akzeptanz von Vielfalt“ und „Demokratiebildung“ werden zum verbindlichen Element des Unterrichts gemacht. Damit reagiert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf Diskriminierungsvorfälle jedweder Art, auch antisemitische, und macht deutlich, dass die Erziehung zur Toleranz und die Achtung der Menschenwürde aller durch alle kein Nischenthema ist, sondern den Kern des Bildungsauftrags ausmacht.

Förderung der Kooperation von Schulen mit außerschulischen Lernorten und Bildungspartnern

Die „Kordinierungsstelle Stolpersteine in Berlin“ und der „Ort der Information des Denkmals für die Ermordeten Juden in Europa“ werden durch die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie durch abgeordnete Lehrkräfte unterstützt.

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie unterstützt im Rahmen eines Kooperationsvertrages mit der Bethe-Stiftung Gedenkstättenfahrten von Berliner Schulklassen.

Im Jahr 2017 wurde ein Kooperationsvertrag mit der Gedenkstätte Yad Vashem geschlossen. Im Rahmen dieser Kooperation besuchen seit 2018 Berliner Lehrerinnen und Lehrer in einem jährlichen Austauschprogramm die Gedenkstätte. Ziel dieses Programms ist es, sich über neue didaktische Zugänge zur Vermittlung historisch-

politischer Bildungsarbeit im Zusammenhang mit dem Holocaust zu informieren, dieses Wissen als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren breit in die Berliner Schullandschaft hineinbringen sowie zur Vernetzung der Berliner Schulen, Gedenkstätten und anderer außerschulischer Lernorte beizutragen.

Seit 2006 unterstützt die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie alljährlich organisatorisch und finanziell das „Blumenstraußprojekt“: Jedes Jahr am 27. Januar besuchen Schülerinnen und Schüler aus jeweils ca. 15 Schulen Überlebende des Holocausts, überreichen einen Blumenstrauß und kommen mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ins Gespräch. Daneben existieren an vielen Schulen besondere Projekte, in denen Lehrkräfte sich gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern gegen Antisemitismus einsetzen und die von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie unterstützt werden.

Seit Oktober 2018 werden zwei weitere Initiativen finanziell gefördert, die Begegnungspädagogische Ansätze verfolgen: „Meet to respect“ bringt Rabbiner und Imame gemeinsam in Schulklassen. Mit „interreligious peers“ werden Tandems von Jugendlichen mit unterschiedlichem religiösem Hintergrund gefördert.

Maßnahmen im Handlungsfeld „Justiz und Innere Sicherheit“

Maßnahmen im Bereich Justiz

Fortbildungen

Richterinnen und Richtern sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälten werden jedes Jahr mehrere Fortbildungen angeboten, die sich auch mit dem Themenbereich Antisemitismus (z.T. im Zusammenhang mit dem Nationalsozialismus) befassen. So finden an der Deutschen Richterakademie jährlich die Veranstaltungen „Zwischen Recht und Unrecht – Deutsche Justizgeschichte im 20. Jahrhundert“, „Die nationalsozialistische Justiz und ihre Aufarbeitung“ sowie „Politischer Extremismus – Herausforderung für Gesellschaft und Justiz“ statt.

Zudem wird an der Justizakademie in Königs Wusterhausen jedes Jahr die Veranstaltung „Politischer Extremismus und Terrorismus“ angeboten. Diese widmet sich u.a. dem Lagebild über die Entwicklungen in Berlin und Brandenburg. Im Jahr 2018 wurde hierbei das Thema des Antisemitismus spezifisch behandelt.

Veranstaltungen im Rahmen des Referendariats

Im Rahmen des Referendariats gibt es drei Veranstaltungen zum Thema der deutschen Justizgeschichte, in denen auch die Rolle des Nationalsozialismus und der Antisemitismus thematisiert werden. Die Veranstaltungen widmen sich im Schwerpunkt zum einen der Rolle der Justiz in der Zeit des Nationalsozialismus, zum anderen der DDR-Rechtsgeschichte sowie der anwaltlichen Perspektive auf die Justizgeschichte. Der Besuch dieser Veranstaltungen ist für die Referendarinnen und Referendare verpflichtend. Daneben besteht für die Referendarinnen und Referendare die Möglichkeit zur Teilnahme an dem freiwilligen Schlüsselqualifikationsseminar „Menschenrechtsbasierter Diskriminierungsschutz und Diversity“.

Mögliche zusätzliche Veranstaltungen:

Zu dem bereits bestehenden Angebot bestünden im Zuständigkeitsbereich des Gemeinsamen Juristischen Prüfungsamts der Länder Berlin und Brandenburg folgenden Möglichkeiten:

Bei den Staatsanwaltschaften und Gerichten könnten für alle Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie weitere interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter jeweils eine 2-stündige Veranstaltung zu den aktuellen Erscheinungsformen des Antisemitismus angeboten werden.

Referendarinnen und Referendare könnten auf diese Veranstaltungen explizit hingewiesen und ihnen die Teilnahme ermöglicht werden. Alternativ könnte im gleichen Format für diese eine eigene Veranstaltung angeboten werden.

Fortbildung an der Justizakademie des Landes Brandenburg

An der Justizakademie des Landes Brandenburg, Standort Königs Wusterhausen wird eine Fortbildungsveranstaltung explizit zum Antisemitismus bzw. thematisch integriert in eine andere Veranstaltung angeboten werden. Neben der Wissensvermittlung wird v.a. auch ein Erfahrungsaustausch sowie eine Vernetzung zwischen den an der Strafverfolgung antisemitisch motivierter Straftaten mitwirkenden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, Richterinnen und Richtern sowie Vertreterinnen und Vertretern entsprechender zivilgesellschaftlicher Beteiligter angestrebt.

Maßnahmen im Bereich Innere Sicherheit

Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport sowie die Polizei Berlin sind bereits vielfältig in bestehende Projekte der Antisemitismus-Prävention eingebunden. Dies umfasst Aktivitäten und Formen der Zusammenarbeit der Landeskommision Berlin gegen Gewalt sowie der Berliner Polizei mit verschiedenen Institutionen und Akteurinnen und Akteuren.

Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt förderte im Jahr 2018 das Projekt „Auf Augenhöhe“ des Berliner Jugendportals „jup.berlin“. Es wurden zwei Themenblöcke im Bereich Rechtsextremismus („Rechte Gewalt“) und ein Themenblock im Bereich Linksextremismus („Linke Gewalt“) umgesetzt.

Die im Haushalt zur Verfügung stehenden Mittel werden für die Erstellung einer Studie zum Thema „Antisemitismus und Jugendgewalt“ durch die Arbeitsstelle Antisemitismus im Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin, für die Förderung eines Bildungs- und Beratungsprogramms zum Umgang mit Antisemitismus und Gewalt, für ein Bildungs- und Beratungsprogramm für pädagogische Fachkräfte sowie für ein Kooperationsprojekt zwischen Stadtteilmüttern und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren verwendet.

Zusammenarbeit mit verschiedenen Institutionen und Akteurinnen und Akteuren

Zur beständigen Weiterentwicklung von Maßnahmen ebenso wie zum Einbringen von Expertise und Unterstützungsmöglichkeiten in Bezug auf gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und Antisemitismus, ist die Polizei Berlin in verschiedene Netzwerke eingebunden.

Die Dezernatsleitung des Fachdezernats für Politisch motivierte Kriminalität -rechts- des Landeskriminalamtes Berlin (LKA 53) ist Mitglied im Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus der Berliner Senatsverwaltung. Die Polizeipräsidentin der Polizei Berlin, Frau Dr. Barbara Slowik, ist Mitglied im Berliner Ratsschlag für Demokratie.

Arbeitsdefinition Antisemitismus

Die Arbeitsdefinition Antisemitismus, wie sie dem Landeskonzept zur Weiterentwicklung der Antisemitismusprävention zugrunde liegt, wurde bereits am 5. Februar 2018 in der Polizei Berlin als einheitlich verbindliche Antisemitismus-Definition eingeführt.

Rahmenkonzeption – Bekämpfung von Politisch motivierter Kriminalität

Den Empfehlungen des Bundestagsuntersuchungsausschusses zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) Rechnung tragend, wurde durch die Polizei Berlin im Jahr 2014 eine behördenweite Rahmenkonzeption implementiert, die sich mit der Bekämpfung der Politisch motivierten Kriminalität -rechts- (PMK -rechts-) auseinandersetzt. Hierbei wurde ein umfangreicher Katalog erarbeitet, der Maßnahmen insbesondere im Bereich der Prävention, der Aus- und Fortbildung, dem Informationsmanagement, der Repression, der Zusammenarbeit mit anderen Behörden sowie der Öffentlichkeitsarbeit vorsieht, um der PMK -rechts- zu begegnen. Diese Handlungskonzeption wird periodisch überarbeitet und den gegebenenfalls veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst. Ferner wird der Umsetzungsstand der erarbeiteten Maßnahmen regelmäßig wiederkehrend behördenweit erhoben und erkannter Handlungsbedarf neu formuliert und umgesetzt.

Kriminalpolizeilicher Meldedienst

Der Kriminalpolizeiliche Meldedienst-Politisch motivierte Kriminalität kategorisiert zentral und einheitlich antisemitisch motivierte Straftaten und schafft somit eine Datengrundlage, auf der polizeiliche Prävention aufbauen kann.

Präventionsbeauftragte des polizeilichen Staatsschutzes

Das Aufgabenfeld der Antisemitismusprävention wird durch die Präventionsbeauftragten des polizeilichen Staatsschutzes sowie in der Zentralstelle für Prävention (LKA Präv) abgebildet.

Die Zentralstelle für Prävention (LKA Präv) ist originär für sämtliche Grundsatzvorgänge im Themenfeld Kriminalprävention zuständig und steht allen Dienststellen als fachliche Beraterin zu Fragen der Prävention zur Verfügung. Die präventive Arbeit im Bereich Antisemitismus ist überwiegend im Polizeilichen Staatsschutz des Landeskriminalamtes Berlin (LKA 5) verortet.

Ferner bildet die polizeiliche Prävention in den örtlichen Direktionen eine wichtige Instanz, um präventionsrelevante Entwicklungen auf regionaler Ebene zu analysieren und die Umsetzung und Koordination im jeweiligen Bereich zu steuern.

Die Fachdezernate, so auch das LKA 53, sind in ihrem Deliktsbereich für die Analyse präventionsrelevanter Entwicklungen sowie für die Umsetzung und Koordination erforderlicher präventiver Konzepte und Maßnahmen zuständig. Die Präventionsbeauftragten im LKA werden in ihrer Aufgabenwahrnehmung beratend durch LKA Prävention unterstützt.

Die Mitarbeitenden der polizeilichen Aus- und Fortbildung der Polizeiakademie sowie die Ansprechpersonen für interkulturelle Aufgaben in der Zentralstelle für Prävention beim Landeskriminalamt pflegen Kontakte u.a. zur Jüdischen Gemeinde zu Berlin, zum Zentrum Judaicum, zum American Jewish Committee sowie zum Zentrum für Antisemitismusforschung an der Technischen Universität und dem Deutschen Institut für Menschenrechte.

Aus präventiver Sicht ergreift die Polizei Berlin, auch im Bereich Antisemitismusprävention, darüber hinaus verschiedene Maßnahmen, u.a.

- die Durchführung bzw. Konzeption von kostenfreien themenbezogenen Informationsveranstaltungen (TIV) an Schulen u.a. zum Thema „Wissen und Bildung als Schutzfaktor gegen Rechtsextremismus“ und „Hasskriminalität“, welche derzeit aktualisiert und überarbeitet werden, um eine möglichst frühe präventive Wirkung bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden zu ermöglichen,
- die Veröffentlichung von Hinweisen und Informationen im Bereich Opferschutz / Opferschutzhilfe auf der Internetseite der Polizei Berlin zu den Themen Prävention / Extremismus / Rechtsextremismus,
- die Erarbeitung und Verteilung von Handzetteln für Zeugen / Opfer rechtsextremistischer Straftaten,
- die Vermittlung der Opfer an Opferhilfeeinrichtungen wie beispielsweise ReachOut, Antidiskriminierungswerk Berlin, Weißer Ring e.V., Opferhilfe Berlin,
- die Prüfung und ggf. Initiierung und Durchführung von Schutzmaßnahmen für durch antisemitische Straftaten konkret gefährdete Personen oder Objekte (bspw. Synagogen), um die Sicherheit zu gewährleisten und Straftaten zu verhindern.

Zivilgesellschaftlichen Organisationen stehen beim LKA 5 feste Ansprechpersonen zur Verfügung, ebenso sind Ansprechpersonen der wesentlichen NGOs auf diesem Themengebiet bekannt. Es findet – in gegenseitigem Einvernehmen - ein regelmäßiger Erfahrungs- und Informationsaustausch statt. Neben dem jährlich stattfindenden „Tempelhofer Dialog“ sei beispielhaft in diesem Zusammenhang der Erfahrungs- und Informationsaustausch mit der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), dem Zentralrat der Juden sowie der Amadeu Antonio Stiftung genannt, der geeignet ist, das vorhandene Dunkelfeld weiter zu erhellen, möglicherweise vorhandene Brennpunkte zu

erkennen, präventiv-polizeiliche Maßnahmen zu prüfen und den verletzten Rechtsfrieden im konkreten Lebenssachverhalt wieder herzustellen.

Ferner arbeitet das LKA Berlin eng mit der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPJM) im Hinblick auf Indizierungsanregung rechter Medien zusammen.

Die Polizei Berlin wirbt gezielt um Menschen mit Zuwanderungsgeschichte aller Glaubensrichtungen für den Polizeiberuf, sie wirkt in Gremien und Bündnissen mit, wie z. B. der „Charta der Vielfalt“ oder nimmt am Jugendkongress des Bündnisses für Demokratie und Toleranz – gegen Extremismus und Gewalt teil.

Maßnahmen im Handlungsfeld Wissenschaft und Forschung

Maßnahmen von Berliner Hochschulen zur Antisemitismus-Prävention erfolgen in allen Hochschulen des Landes, einschließlich auch der konfessionellen Hochschulen. Sie können an dieser Stelle, wie bereits erwähnt nur exemplarisch, jedoch aus redaktionellen Gründen leider nicht vollständig dargestellt werden. So engagieren sich alle nicht aufgeführten Hochschulen wie zum Beispiel die künstlerischen Hochschulen verantwortungsvoll in der Arbeit gegen Antisemitismus.

Die Maßnahmen der Technischen Universität wurden bereits im Zusammenhang mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung, welches sich wissenschaftlich herausragend mit Antisemitismus, Antiziganismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus befasst, dokumentiert.

Freie Universität Berlin

Die FU befasst sich in vielfältiger Weise mit der Thematik, dies wissenschaftlich in den Instituten und aber auch strukturell

Weiterbildungsprogramm „ProFI“ (Programm zur Förderung der Internationalisierung) für Beschäftigte der Freien Universität. Im Rahmen dieser Zielsetzung hat das Weiterbildungszentrum gemeinsam mit der Abteilung Internationales und der Personalentwicklung 2017 ein umfassendes Weiterbildungsprogramm entwickelt mit dem Namen „ProFI“.

Die FU bietet Weiterbildungen im Rahmen der Strategischen Partnerschaft mit der Hebrew University Jerusalem an. Im Rahmen dieser Partnerschaft besteht seit 2018 auch eine Zusammenarbeit im Kontext Weiterbildung zwischen dem Weiterbildungszentrum der Freien Universität und der Hebrew University. Diese Zusammenarbeit trägt bereits erste Früchte: Für Mai 2019 ist ein Workshop geplant, der durch den Leiter der Rothberg Undergraduate School der Hebrew University, Shachar Yanai zum Thema „International students - dealing with difficult cases“ im Rahmen von „ProFI“ durchgeführt wird.

Weiterbildungen im Rahmen der International Weeks

Jährlich führt die Freie Universität unter Federführung der Abteilung Internationales eine International Week für Hochschulbeschäftigte aus allen Erasmus+ Ländern durch: <https://www.fu-berlin.de/sites/internationalweek/index.html>

Das Weiterbildungszentrum bietet in diesem Rahmen auch ein eigenes Weiterbildungsprogramm an, an dem jährlich ca. 25 -30 Personen teilnehmen, darunter auch mehrere Teilnehmende aus Israel. Diese Woche bietet ebenfalls eine sehr gute Gelegenheit zur Begegnung und zum Austausch zwischen jüdischen Israelis, Deutschen und anderen internationalen Hochschulbeschäftigten

Beuth Hochschule für Technik Berlin

Sie bietet u.a. Angebote in AW-Fächern (Allgemeinwissenschaftliches Wahlpflichtangebot) im Rahmen des Studium generale der Beuth HS. Für Studierende werden Wahlpflichtangebote von gesellschaftspolitischen, ökonomischen und sozialen Fachinhalten sowie Fremdsprachen angeboten. Konkrete Beispiele zum Thema: „Antimuslimischer Rassismus im 21. Jahrhundert“, „Rassismus Ursachen, Akteure, Theorien“, „Der Antisemit Chr. P. W. Beuth und die Judenfeindschaft seiner Zeit“, „South Park als Spiegel des US-amerikanischen Rassismus“, „Geschichte und Aktualität des Rassismus“.

Aktuell wird eine öffentliche Debatte über den Namensgeber der Hochschule, Christian Peter Wilhelm Beuth, geführt. Aufgrund neuer Erkenntnisse im Hinblick auf den Antisemitismus von Christian Peter Wilhelm Beuth sind die Mitglieder der Hochschule in einen verantwortungsvollen und reflektierenden Diskurs eingetreten, wie mit dem Namen und der Person Beuths zukünftig umzugehen ist. Folgende Schritte wurden eingeleitet:

- Einrichtung einer AG „Diskurs Beuth“ durch den Akademischen Senat der Hochschule; in der AG sind alle Statusgruppen vertreten. Die AG befasst sich mit den vorliegenden Unterlagen und unterrichtet den Akademischen Senat in regelmäßigen Abständen.
- Regelmäßige Jour Fixe Veranstaltungen der Präsidentin, um die Hochschulmitglieder zu informieren
- Veranstaltung eines zweitägigen Symposiums „Christian Peter Wilhelm Beuth in seiner Zeit“ am 17. und 18. Januar 2019 mit externen Referentinnen und Referenten aus dem In- und Ausland.
- Planung einer Ausstellung zur Person Beuth

Alice Salomon Hochschule

So wie bei anderen Diskriminierungsformen auch, setzt die Hochschule sowohl präventive als auch intervenierende Maßnahmen gegen Antisemitismus um. An der ASH Berlin findet über Projekte in Lehre, Forschung und Transfer, über Tagungen, Publikationen, Workshops, Hochschultage, Kooperationen, Studiengänge eine Stärkung der Themenbereiche Demokratieförderung, Diversity- und Menschenrechtsorientierung sowie Umgang mit Antisemitismus, Rechtsextremismus und Rassismus statt.

Mehrere Hochschulangehörige forschen und publizieren über Antisemitismus und Rechtsextremismus sowie zu Demokratieförderung und -entwicklung. Mehrere wirken an der Erstellung entsprechender Expertisen mit.

Die ASH beteiligt sich in Fachgesellschaften am wissenschaftlichen Austausch über Antisemitismus.

Im „Berliner Beratungsnetzwerk für Demokratieentwicklung gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ bringt eine Hochschullehrerin der ASH Berlin ihre fachliche Expertise zur Weiterentwicklung der „Berliner Landeskonzeption gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ ein.

Im Rahmen des BA Soziale Arbeit finden Seminare zu Diversity Studies, Projekte und Wahlseminare statt, die Seminarsitzungen über Antisemitismus und/oder erinnerungspädagogische Grundlagen enthalten.

Mehrere Lehrende bieten Exkursionen nach Israel an bzw. gestalten Kooperationen mit israelischen Hochschulen.

Das Alice Salomon Archiv befasst sich mit der Gründerin der Hochschule Alice Salomon sowie mit der Geschichte der Profession Soziale Arbeit und der Geschichte der Hochschule im Kontext antisemitischer Verfolgung.

Die hochschuleigene Registerstelle dokumentiert Vorfälle antisemitischer, rassistischer und anderer Diskriminierung in und um die Hochschule. Sie ist Teil des Netzwerks der Berliner Registerstellen und kooperiert mit der bezirklichen Registerstelle in Trägerschaft der Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf, der bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung sowie dem bezirklichen Bündnis für Demokratie und Toleranz.

Humboldt-Universität zu Berlin

Philosophische Fakultät

Keine Initiative, die sich dezidiert mit der Antisemitismus Prävention befasst; im Code of conduct der Fakultät ist jedoch festgehalten, dass keine Form von Rassismus von der Fakultät toleriert wird.

Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftliche Fakultät (KSBF)

Im Wintersemester 2018/19 hat das Studiendekanat der KSBF das Austauschforum „Laboratorium Lehre“ eingerichtet. Das Forum bietet Studierenden und Lehrenden der Fakultät Gelegenheit, sich über die Bedingungen und Möglichkeiten guter Lehre auszutauschen. Im Rahmen der ersten Veranstaltung fand ein Workshop mit einem Fokus auf ungewollte diskriminierende Handlungen statt. Alle Statusgruppen der Universität waren an diesem Workshop beteiligt. Er wurde als sehr produktiv und bereichernd empfunden.

In Anbetracht der jüngsten gesellschaftspolitischen Entwicklungen ist ein „Laboratorium Lehre“ geplant, das den Umgang mit absichtsvoll bzw. geplant diskriminierenden Handlungen zum Thema haben wird.

Institut für Erziehungswissenschaften

Der Professor für Grundschulpädagogik mit dem Schwerpunkt Sachunterricht am Institut für Erziehungswissenschaften, Prof. Dr. Detlef Pech, bietet seit 2008 jährlich Seminare zum Schwerpunkt „Thematisierung des Holocaust/Nationalsozialismus in der Arbeit mit Kindern“ an, die explizit auch Aspekte der Antisemitismus-Prävention enthalten. Diese Lehrveranstaltungen richten sich an Studierende im Grundschullehramt.

Darüber hinaus gibt es zurzeit an der Professur für Grundschulpädagogik mit dem Schwerpunkt Sachunterricht eine Arbeitsgruppe zu Diskriminierungskritischer Lehre, die auch Fragen der Antisemitismus-Prävention dezidiert berücksichtigt. Diese Arbeitsgruppe wird für ein Jahr mit Hilfskraftstellen aus dem Sondertatbestand Lehrkräftebildung Inklusion finanziert.

Im Dezember 2018 fand für Studierende des Instituts für Erziehungswissenschaften ein insgesamt 8-stündiger Workshop zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit vom Netzwerk für Demokratie und Courage und einem Mitarbeiter des Bereichs Grundschulpädagogik statt. Für 2019 ist eine Verstetigung des Workshops und Erweiterung auf die gesamte HU geplant; hierfür werden Mittel beim BMFSFJ beantragt.

Institut für Kulturwissenschaft

Die Professur für die transkulturelle Geschichte des Judentums am Institut für Kulturwissenschaft wurde 2014 im Rahmen des Verbundprojektes Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg eingeworben und 2017 von der HU verstetigt. Inhaberin der Professur ist Prof. Dr. Liliana Ruth Feierstein.

Die Professur hat einen Schwerpunkt in der deutsch-jüdischen Geschichte und ihrer Verflechtungen. Ziel ist es, in Lehre und Forschung Grundlagen deutsch-jüdischer Geschichte und Kultur zu vermitteln und zu einem Verständnis des Judentums wie auch der Ursachen und Mechanismen des Antisemitismus beizutragen.

Institut für Kunst- und Bildgeschichte

Am Institut für Kunst- und Bildgeschichte wird bereits in den Veranstaltungen des Einführungsmoduls „Einführung in die Kunst- und Bildgeschichte I“ im Bachelorstudium die jüdische Kunst und Kultur als integraler Bestandteil der Kultur Mitteleuropas und damit auch der Metropole Berlin behandelt.

Zudem gibt es immer wieder Seminare im Rahmen der vertiefenden Module des Bachelor- und Masterstudiums, die Fragen des Antisemitismus in den Blick nehmen.

Institut für Rehabilitationswissenschaften

Die Abteilung Pädagogik bei psychosozialen Beeinträchtigungen des Instituts für Rehabilitationswissenschaften bietet regelmäßig Lehrveranstaltungen an, die sich mit den

Themen Radikalisierung und Prävention befassen. Diese werden unter anderem für Lehramtsstudierende im Fach Sonderpädagogik mit dem Förderschwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung angeboten.

Im kommenden Sommersemester 2019 werden beispielsweise zwei Seminare zu folgenden Themen angeboten: Präventions- und Interventionsplanung bei Radikalisierung im Jugendalter in schulischen und außerschulischen Kontexten und Resilienzförderung für hochbelastete Schülerinnen und Schüler.

Die Abteilung Pädagogik bei psychosozialen Beeinträchtigungen des Instituts für Rehabilitationswissenschaften kooperiert eng mit dem Jugendstrafvollzug Berlin. Die Abteilung führt Projekte in Kooperation mit Schulen in der Jugendstrafanstalt Berlin durch. Zu Beginn des Jahres 2019 wird ein pädagogischer Beirat gegründet.

Maßnahmen zur Antisemitismus-Prävention durch Verbundprojekte mit Assoziation der Kultur-, Sozial- und Bildungswissenschaftlichen Fakultät / Verbundprojekt Selma Stern Zentrum für Jüdische Studien Berlin-Brandenburg.

Die HU ist am Verbundprojekt Selma Stern Zentrum für jüdische Studien Berlin-Brandenburg (ZJS) in gemeinsamer Trägerschaft mit der Freien Universität Berlin, der Technische Universität Berlin, der Universität Potsdam, der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), dem Abraham Geiger Kolleg und dem Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien beteiligt. Derzeit ist Prof. Dr. Liliana Ruth Feierstein, Professorin für die transkulturelle Geschichte des Judentums am Institut für Kulturwissenschaft der KSBF, Sprecherin des ZJS. Das ZJS verfolgt mit seiner Forschungsarbeit das Ziel, die Kenntnis über Geschichte, Philosophie, Kultur und Literatur des Judentums in all seinen Ausprägungen zu fördern und zu vertiefen. Dies erfolgt in Lehre und Forschung an den Trägeruniversitäten, im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen wie Tagungen, Workshops, Ringvorlesungen und Gastvorträgen, durch Veranstaltungen in Kooperation mit Akteurinnen und Akteuren jüdischer Einrichtungen wie zum Beispiel dem Centrum Judaicum, dem Jüdischen Museum Berlin, der Jüdischen Gemeinde und der Leo Baeck Foundation sowie durch Veranstaltungen in Kooperation mit Gedenkstätten. Im Wintersemester 2018/19 bot das ZJS eine Ringvorlesung zum Thema „Migration der Kultur – Kultur der Migration“ in Kooperation mit dem Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung und dem Zentrum für Antisemitismusforschung an.

Die Technische Universität Berlin ist im ZJS mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung vertreten. Im Rahmen der Zusammenarbeit im ZJS finden gemeinsame Veranstaltungen zu Fragen der Antisemitismusforschung statt. Ein erfolgreiches Element der Zusammenarbeit ist die Wanderausstellung „Angezettelt. Antisemitische und rassistische Klebezettel von 1880 bis heute“, die unter anderem bereits in Berlin, München, Köln, Heidelberg und Wien gezeigt wurde.

Juristische Fakultät

In Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde veranstaltet die Fakultät jährlich die "Hildesheimer Lectures".

Theologische Fakultät

Hier ist das Institut Kirche und Judentum angesiedelt, das sich seit seiner Gründung im Jahr 1960 an der damaligen Kirchlichen Hochschule in (West-)Berlin in Forschung und Lehre dezidiert auch mit Fragen des Antisemitismus beschäftigt. Im Rahmen der von diesem Institut an der Theologischen Fakultät angebotenen christlich-jüdischen Studien werden regelmäßig für alle Studiengänge Veranstaltungen zum Antisemitismus und Antijudaismus in Geschichte und Gegenwart angeboten. Darüber hinaus bietet das Institut entsprechende Fort- und Weiterbildungen in Kirche und Gesellschaft an. Weitere Informationen, auch zu den einschlägigen Publikationen des Instituts, finden Sie auf seiner Homepage unter <https://www.ikj-berlin.de/ikj.html> .

Selbstverständlich werden Fragen des Antisemitismus und Antijudaismus aber auch in allen anderen Disziplinen der Theologischen Fakultät (Altes Testament, Neues Testament, Kirchengeschichte, Religionswissenschaft, Systematische Theologie/Ethik, Praktische Theologie/Religionspädagogik) thematisiert.

Da die beiden konfessionellen Hochschulen, die Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) wie auch die Evangelische Hochschule Berlin (EHB) nicht zu Berliner Senatsverwaltungen gehören, erfolgt die nachfolgende Darstellung nachrichtlich:

Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB)

Bildungsziele der KHSB im Rahmen der Antisemitismus-Prävention sind, dass Menschen judenfeindliche Aussagen und Handlungen erkennen und ablehnen, aktiv gegen antisemitische Aussagen und Handlungen eintreten und sich ggf. bürgerschaftlich gegen Antisemitismus engagieren. Antisemitismus-Prävention ist in mehrfacher Hinsicht ein voraussetzungsvolles Feld der Bildungsarbeit: Die Ablehnung von Antisemitismus erfordert

Wissen über jüdische Geschichte und Alltagskultur insbesondere in nicht-jüdischen Mehrheitsgesellschaften, über Antisemitismus und seine Ausprägungen, insbesondere über die Judenverfolgung im Nationalsozialismus und über die Shoah,
Werte und Überzeugungen, in deren Zentrum die Achtung der Menschenwürde und die Anerkennung der Individualität des Menschen sowie der kulturellen und religiösen Vielfalt in der Gesellschaft stehen,
Sensibilität für Differenz Erfahrungen und allgemeine und spezifisch antisemitische Diskriminierung, Entwürdigung und Ausgrenzung,
Empathie für Opfer antisemitischer Aussagen und Handlungen sowie
Konfliktbereitschaft und Handlungskompetenz für die Intervention gegen antisemitische Aussagen und Handlungen.

Als staatlich anerkannte Fachhochschule in kirchlicher Trägerschaft steht KHSB in der Tradition des sozialen Engagements der katholischen Kirche in Berlin seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt der wissenschaftlichen Ausbildung von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern, Heilpädagoginnen und Heilpädagogen, Kindheitspädagoginnen und Kindheitspädagogen, Religionspädagoginnen und Religionspädagogen

und Gestaltungstherapeutinnen und Gestaltungstherapeuten steht die Kompetenz der Absolventinnen und Absolventen zur Entwicklung und Umsetzung von Strategien und Maßnahmen, die den Grad an Autonomie und Selbstbestimmung im Leben von Menschen oder Gemeinschaften erhöhen sollen und es ihnen ermöglichen, ihre Interessen (wieder) eigenmächtig, selbstverantwortlich und selbstbestimmt zu vertreten. Empowerment bezeichnet dabei sowohl den Prozess der Selbstermächtigung als auch die professionelle Unterstützung der Menschen, ihr Gefühl der Macht- und Einflusslosigkeit zu überwinden und ihre Gestaltungsspielräume und Ressourcen wahrzunehmen und zu nutzen.

1. Konkrete Maßnahmen der KHSB zur Antisemitismus-Prävention

Bildungsangebote an Studierende im fakultativen fach- und studiengangübergreifenden Lehrangebot (sog. Allgemeinwissenschaftlichen Modul):

„Neuer Judenhass? – Latenter und manifester Antisemitismus in Deutschland“ Seminar zu Methoden aus der antisemitismuskritischen Bildungsarbeit jeweils im Sommersemester im Umfang von 2 SWS (ca. 30 Unterrichtsstunden).

Grundkurs „Theologie des Sozialen in interreligiöser Perspektive“ Seminar jeweils im Sommersemester im Umfang von 2 SWS (ca. 30 Unterrichtsstunden).

Grundkurs „Theologie des Sozialen im christlich-muslimischen Gespräch“ Seminar jeweils im Sommersemester im Umfang von 2 SWS (ca. 30 Unterrichtsstunden).

TEO „Tage ethischer Orientierung“ Outdoor – Die Abenteuerschule Blockseminar jeweils im Sommersemester im Umfang von 4 SWS (ca. 60 Unterrichtsstunden).

b) Verpflichtende fachbezogene Lehrinhalte in allen Studiengängen: - zu Anthropologie, Ethik und Wertevermittlung - zu Vielfalt und Partizipation - zu Ausgrenzung, Diskriminierungserfahrungen und Konzepten der Inklusion.

c) Aktionen und Veranstaltungen für alle bzw. mit allen Hochschulangehörigen aus Anlass von historischen Ereignissen und Gedenktagen oder als Reaktion auf aktuelle politische Entwicklungen (Beispiele aus der Vergangenheit):

Die KHSB unterstützte am 25.04.2018 die Aktion "Berlin trägt Kippa".

13.12.2017 – Herr Lieball, Verein Child Survivors Deutschland e. V.: Erfahrungsbericht über seine Erfahrungen als jüdisches Kind zur Zeit des Nationalsozialismus und Lesung aus seinen Memoiren „Kindheit in schwerer Zeit“.

11.06.2015 – Soziale Arbeit der Kirchen während der NS-Zeit: Wissenschaftliches Symposium und Gedenkveranstaltung zum 70. Jahrestag des Endes der nationalsozialistischen Terrorherrschaft.

Angesichts des weltweit (wieder) zunehmenden Antisemitismus‘ beabsichtigt die KHSB, ihren Bildungsauftrag in diesem Bereich in Zukunft nicht nur weiterzuführen, sondern weitere Aktivitäten in Studium, Weiterbildung und Transfer/Forschung zu entwickeln.

Evangelische Hochschule Berlin (EHB)

Im Studiengang Kindheitspädagogik (B.A.) wird im Rahmen des Schwerpunkts Religion als Dimension von Bildung der interreligiöse Dialog nicht nur thematisiert, sondern auch praktiziert. Hier kommen die Studierenden mit Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften (auch der jüdischen Gemeinde) ins Gespräch.

Im Studiengang Evangelische Religionspädagogik (B.A.) bestehen folgende Maßnahmen:

- Modul 3.2 „Gemeindepädagogische Handlungsfelder“: Wahlpflichtseminar „Rassismuskritische und antisemitische Ansätze in der Jugendarbeit“ | Verbindliche Teilnahme an den Religionsphilosophischen Schulprojektwochen – Begegnung mit und Diskussion zu religiöser Pluralität und Stereotypen in Brandenburger Schulen, Mitarbeit in der 10. Klassenstufe.
- Modul 4.3 „Interreligiöse Diversität“: Seminare „Einführung ins Judentum“ und „Interreligiöser Dialog“.
- Darstellung, Diskussion und Reflexion der antijudaistischen Bibelstellen und Bibelinterpretationen, theologischen Aussagen und kirchengeschichtlichen Prozesse – insbes. in den alttestamentlichen, neutestamentlichen und kirchengeschichtlichen Seminaren.
- Veranstaltung an der EHB: Tag der Gemeindepädagogik (25.5.2018) „Demokratie stärken. Auftrag und Thema von Gemeindepädagog_innen im Umgang mit Rechtsextremismus?“
- Projektpraktikum (20 Stunden) zum Buß- und Betttag im BAModul 1.1, jährliche Teilnahme und Mitarbeit aller Studierenden an der Veranstaltung „Erinnere dich mal!“
- Workshop zum Thema „Demokratiepädagogik“ zum Fachtag anlässlich des 40-jährigen Bestehens der Gemeindepädagogischen Ausbildung, 1.11.2019.
- Wahlpflichtseminar „Religiöse Bildung in der interkulturellen Welt“ im A-Modul des Masters.

Im Studiengang Soziale Arbeit (B.A.) sind folgende Module vorgesehen:

- In Modulen zu Theorien und Geschichte Soziale Arbeit werden Akteure vorgestellt, die als Jüdinnen und Juden in Deutschland bzw. Polen gelebt haben und Soziale Arbeit maßgeblich beeinflussten (bspw. Alice Salomon oder Janusz Koczak). Wohlfahrt im Nationalsozialismus und Beteiligung von Fürsorger/-innen am Holocaust wird thematisiert und auch die Bedeutung von Religion in der Sozialen Arbeit diskutiert.
- In Modul 5.3 zur Intersektionalität werden verschiedene Formen der Diskriminierung u.a. auch Antisemitismus thematisiert.

Soziale Arbeit und Antidiskriminierung sowie zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Bildungsarbeit sind punktuell Themen in handlungsmethodischen Seminaren im 3. Semester.

In vertiefenden Projekt-Seminaren (1. und 6./7. Semester) geht es um Rassismus und Antisemitismus. Geschichte, Abgrenzungen und Gemeinsamkeiten.

Im Wahlmodul und im Studium Generale gibt es vertiefende Seminare zu Antisemitismus (von der mittelalterlichen Karikatur bis zur aktuellen ‚Hate Speech‘ im Netz) bspw. in Kooperation mit Fachkräften der Amadeo Antonio Stiftung.

- Die Studierenden beschäftigen sich mit der Entstehungsgeschichte des Antisemitismus in kleinen Arbeitsgruppen und diskutieren im großen Plenum über die Kontinuitäten des Antisemitismus. Im Rahmen der Werkstatt Migration und Rassismus wird auch auf die Ähnlichkeiten und Unterschiede von Rassismus und Antisemitismus eingegangen.
- Aktuell werden die Studierenden im Rahmen der Diversity und Migrationstudies für die unterschiedlichen Formen und Verschränkungen der Diskriminierung sensibilisiert

und aufmerksam gemacht. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Rolle der Sozialen Arbeit als Menschenrechtsprofession eingegangen. Als angehende Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter lernen die Studierenden unterschiedliche Beratungsansätze für die Antidiskriminierungsarbeit und Beratungsprinzipien in Bezug auf den Umgang mit rassistisch, antisemitisch, sexistisch, homophob etc. diskriminierten Menschen.

Auf Hochschulebene existiert z.B. die Arbeitsgruppe Antidiskriminierung und Diversity. Sie ist Anlaufstelle bei rassistischer (einschließlich antisemitischer) Diskriminierungserfahrung an der EHB auch die AG Antidiskriminierung. Menschen verschiedener Geschlechter, Religionen/Glaubensrichtungen, ethnisch-kultureller Hintergründe, sexueller Orientierungen, körperlicher Beeinträchtigungen, sozialer Lagen, unterschiedlichen Alters studieren und arbeiten an der EHB, sodass die per se vorhandene und ohne Frage selbstverständliche Vielfalt erwünscht und unterstützt wird. Die Arbeitsgruppe, in der Mitglieder aller Statusgruppen vertreten sind, berät von Diskriminierung betroffene Hochschulangehörige.

Als zukünftige Handlungsebene sieht die EHB:

- Diversity-Schulung zur Sensibilisierung für verschiedenste Arten der Diskriminierung.
- Etablierung und Erweiterung der Diversity und Migrationstudies an der EHB.
- Etablierung einer Antidiskriminierungsarbeit in den Gremien, im Lehrprogramm sowie Förderung von externen und internen Projekten sowie Kooperationspartnerschaften im Themenbereich Antisemitismus, Rassismus, Rechtsextremismus.
- Stärkere religiöse Bildung (insbes. Kenntnisse des Judentums) in den Studiengängen.
- Kooperation mit dem House of One.
- Studiengangübergreifende Projekte/Veranstaltungen zum Judentum und zum Antisemitismus.

Maßnahmen im Handlungsfeld Antidiskriminierung, Opferschutz und Prävention

Maßnahmen im Rahmen des Berliner Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“

Allgemeine Informationen zum Berliner Landesprogramm:

Das Berliner Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist ein Förderprogramm der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung und wird durch die Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) umgesetzt. Die geförderten Projekte orientieren sich in ihrer inhaltlichen Ausrichtung an drei Handlungsfeldern:

- Stärkung von Demokratie und Menschenrechten,
- Bildung und Jugend für Demokratie,
- Demokratie im Gemeinwesen und im Sozialraum.

Zur Umsetzung des Berliner Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind seit 2002 Mittel im Landeshaushalt etatisiert. Dank der Mittel des Landesprogramms können pro Jahr ca. 50 Projekte zivilgesellschaftlicher Träger gefördert werden.

Bei den hier dargestellten Maßnahmen handelt es sich um Projektförderungen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ und z.T. um Projekte im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ (mit Kofinanzierung aus dem Landesprogramm). Ein Teil der Projekte arbeitet spezifisch im Problemfeld Antisemitismus, andere greifen das Thema Antisemitismus im Rahmen ihrer querschnittartigen Auseinandersetzung mit „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ auf. Bei unterschiedlichen Herangehensweisen ist allen Projekten gemein, dass ausgehend von den Fragen und Perspektiven der jeweiligen Zielgruppen allgemein Ursachen und Prozesse der Ausgrenzung und der Diskriminierung in Deutschland aufgegriffen werden. Ebenso thematisieren alle Projekte aktuelle Fragen des demokratischen Zusammenlebens auf menschenrechtlicher Grundlage. Im Rahmen der spezifischen Antisemitismusprävention erfolgt die Förderung im Berliner Landesprogramm mit den Zielen:

- „Antisemitismus sichtbar machen“ (zivilgesellschaftliches Monitoring durch das Projekt RIAS des VDK e.V. und die Registerstellen in den Berliner Bezirken),
- „Kompetenzen zur Auseinandersetzung mit Antisemitismus stärken“ (diverse Bildungsprojekte, insbesondere als Unterstützung für Schulen und Angebote der Mobilen Beratung),
- „Von Antisemitismus betroffene Personen unterstützen“ (Angebote der Opfer- und Antidiskriminierungsberatung),
- „Antisemitismus in jeder Form öffentlich ächten“ (z.B. mit dem Personenbündnis „Berliner Ratschlag für Demokratie“).

Projekte mit spezifischer Thematisierung des Problems Antisemitismus

Projektname	Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)
Träger	Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V.
Zielgruppe	Jüdische Community, Allgemeine Öffentlichkeit
Projektbeschreibung (kurz)	Zusammen mit jüdischen Organisationen und den Berliner Registerstellen baut RIAS ein berlinweites Melde-Netzwerk für antisemitische Vorfälle auf. Damit soll ein Beitrag zur Erhellung des Dunkelfelds des „alltäglichen Antisemitismus“ geleistet werden.
Web	https://report-antisemitism.de

Projektname	Anne Frank – Erinnern und Engagieren
Träger	Anne Frank Zentrum
Zielgruppe	Primärprävention / junge Menschen, bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bzw. pädagogische Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Das Anne Frank Zentrum zeigt die Ausstellung »Anne Frank. hier & heute« in Berlin und führt Wanderausstellungsprojekte in ganz Deutschland durch. Es entwickelt zeitgemäße Angebote zur Auseinandersetzung mit den Ursachen und Folgen des Holocaust und bietet Projektstage, Seminare und Fortbildungen an. Dabei engagiert sich das Zentrum für Freiheit, Gleichberechtigung und Demokratie und tritt Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung entgegen.
Web	www.annefrank.de

Projektname	Praxisstelle für antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit
Träger	Amadeu Antonio Stiftung
Zielgruppe	Primärprävention bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / pädagogische Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Antisemitismus, Rassismus und andere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) stellt die Offene Kinder- und Jugendarbeit immer wieder vor Herausforderungen. Diesen stellt sich das Modellprojekt »ju:an - Praxisstelle antisemitismus- und rassismuskritische Jugendarbeit«. Die Praxisstelle berät, schult und coacht Multiplikatorinnen und Multiplikatoren bei der Umsetzung nachhaltiger antisemitismus- und rassismuskritischer Jugendarbeit.
Web	http://www.projekt-ju-an.de/

Projektname	Anders denken. Politische Bildung gegen Antisemitismus
Träger	Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus-KlgA e.V.
Zielgruppe	Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / pädagogische Fachkräfte bzw. Primärprävention.
Projektbeschreibung (kurz)	Neben der Entwicklung und Publikation von diversitätssensiblen Bildungsmaterialien für die kritische Auseinandersetzung mit aktuellem Antisemitismus stellt das Projekt mit „Anders Denken – Die Onlineplattform für Antisemitismuskritik und Bildungsarbeit“ Informationen und Materialien für Multiplikator*innen bereit.
Web	https://www.anders-denken.info/

Projektname	Praxisstelle „Bildung und Beratung“
Träger	Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus-KIgA e.V.
Zielgruppe	Schule
Projektbeschreibung (kurz)	Unterstützung und Beratung für Schulen bei der unmittelbaren und angemessenen Intervention gegen Antisemitismus bzw. bei antisemitischen Vorfällen.
Web	http://www.kiga-berlin.org/

Projektname	Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen.
Träger	Jüdisches Forum gegen Antisemitismus e.V.
Zielgruppe	Primärprävention / Schülerinnen und Schüler
Projektbeschreibung (kurz)	Das Modellprojekt „Vorurteile abbauen, antisemitische Ressentiments bekämpfen“ soll mit der Durchführung von Schulworkshops Jugendlichen eine Perspektive eröffnen, die ihnen einen selbständigen, reflektierten Umgang mit dem Phänomen Antisemitismus ermöglicht.
Web	https://juedisches-forum-demokratie-leben.de/

Projektname	Mitzpe* -Recherchezentrum Antisemitismus und Demokratiegefährdung
Träger	Jüdisches Forum gegen Antisemitismus e.V.
Zielgruppe	Jugendliche bzw. Multiplikator*Innen und Akteure aus dem Bereich der Pädagogik, der freien Träger und Nichtregierungsorganisationen in den Arbeitsfeldern „Demokratieförderung“, „Politische Bildung“, u.a.
Projektbeschreibung (kurz)	Recherche über Antisemitismus in allen seinen Erscheinungsformen im Kontext einer aktuellen Feld- und Diskursbeobachtung aus einer Betroffenenperspektive und zeitnahe Berichterstattung im Netz.
Web	https://jfda.de/

Projektname	Ke'ezrach - Wie ein Mitbürger
Träger	Jüdisches Forum gegen Antisemitismus e.V.
Zielgruppe	Kinder und Jugendliche, insbesondere junge Menschen aus Regionen mit hoher multikultureller Bevölkerungsstruktur sowie aus strukturschwachen Regionen oder aus bildungsfernen Milieus
Projektbeschreibung (kurz)	In verschiedenen Formaten der politischen Bildungsarbeit werden Vorurteils- und Diskriminierungsmuster sowie Erscheinungsformen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) thematisiert und zu den Normen und Werten der freiheitlich-demokratischen und pluralistischen Einwanderungsgesellschaft in Beziehung gesetzt. Im Rahmen des Projekts sollen niedrigschwellige Ansätze und Zugänge zur Normorientierung und Wertediskussion mit jungen Flüchtlingen – etwa über das Medium Film – reflektiert und erprobt werden.
Web	https://jfda.de/

Projektname	Augen auf! Rassismus und Einwanderungsfeindlichkeit entgegengetreten
Träger	Jüdisches Forum gegen Antisemitismus e.V.
Zielgruppe	Jugendliche zw. 14 und 21 J.; Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
Projektbeschreibung (kurz)	Das Projekt thematisiert in didaktischen Konzepten, Arbeitsmaterialien und Workshops Schnittmengen zwischen traditionellen und neuen Formen des völkischen Rassismus und Antisemitismus mit kulturalistisch, islamfeindlich und xenophob motivierter Einwanderungs- und Flüchtlingsfeindlichkeit. Jugendliche werden zu Multiplikatorinnen / Multiplikatoren ausgebildet.
Web	https://jfda.de/

Projektname	Be'Jachad_Gemeinsam gegen Hass
Träger	Jüdisches Forum gegen Antisemitismus e.V.
Zielgruppe	jüdische Jugendliche und Heranwachsende
Projektbeschreibung (kurz)	Geschützter Raum im Internet zum Austausch und zur Vernetzung jüdischer Jugendlicher, die von Antisemitismus im Netz betroffen sind. Betreuung kleiner Mediengruppen zur Thematisierung von Erlebnissen und Erfahrungen mittels verschiedener jugendgerechter Darstellungsformen. Ziel der medienpädagogischen Strategie ist die Erweiterung der Handlungsfähigkeit bezüglich (antisemitischer) Hate Speech und die gegenseitige Unterstützung im Falle von Hasspropaganda.
	https://gemeinsam-gegen-hass.de/

Projektname	Für Vielfalt und gegen Diskriminierung: historisch-politische Bildung gegen Antisemitismus und Rassismus mit Berliner Jugendlichen
Träger	Miphgasch Begegnung e.V.
Zielgruppe	Primärprävention / „bildungsbenachteiligte Schülerinnen und Schüler mit und ohne Migrationshintergrund“ bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / pädagogische Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Miphgasch/Begegnung e.V. bietet Projektstage für Schulklassen und Jugendgruppen an. Mit dem Angebot lädt der Verein junge Menschen ein, sich aus neuen Perspektiven mit den Themenfeldern Nationalsozialismus, Nahost, Identität und Religion auseinanderzusetzen.
Web	http://www.miphgasch.de/

Projekte, die das Problemfeld Antisemitismus im Rahmen ihrer Querschnittsaufgaben bearbeiten

Projektname	Protest, Provokation und Propaganda. Fortbildungen, Begleitungen und Beratungen von pädagogischen Fachkräften in der Islamismusprävention
Träger	Ufuq e.V
Zielgruppe	Primärprävention, pädagogische Fachkräfte bzw. Multiplikatorinnen/Multiplikatoren der schulischen und außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit bzw. Kinder und Jugendhilfe.
Projektbeschreibung (kurz)	Fortbildungen, Begleitungen und Beratungen von pädagogischen Fachkräften in der Islamismusprävention. Mitarbeitende kommen in Schulen und Jugendeinrichtungen und bieten situationsbezogene Fortbildung und Beratung.
Web	https://www.ufuq.de/

Projektname	Landeskoordination Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage in Berlin
Träger	Aktion Courage e.V.
Zielgruppe	Primärprävention, Schülerinnen und Schüler bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Schulnetzwerk, das sich gegen jede Form von Diskriminierung, Mobbing, Gewalt und gegen Ideologien der Ungleichheit bzw. jede Form Gruppenbezogener Menschenverachtung wendet.
Web	www.schule-ohne-rassismus.org

Projektname	Mobiles Beratungsteam Berlin (MBT) für Demokratieentwicklung
Träger	Stiftung Sozialpädagogisches Institut "Walter May"
Zielgruppe	Zivilgesellschaftliche wie staatliche Akteurinnen und Akteure bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / pädagogische Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Das MBT berät und begleitet, vernetzt und qualifiziert lokale Akteurinnen und Akteure und Organisationen zu Fragen und Problemstellungen im Zusammenhang mit Ideologien der Ungleichheit bzw. Phänomenen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.
Web	https://www.mbt-berlin.de/

Projektname	Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR)
Träger	Verein für Demokratische Kultur e.V.
Zielgruppe	Zivilgesellschaftliche wie staatliche Akteure bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / pädagogische Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) berät und begleitet Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus engagieren. Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger und ihre Initiativen zu einem selbständigen und zielorientierten Handeln für eine demokratische Kultur zu befähigen.
Web	www.mbr-berlin.de

Projektname	Die Freiheit, die ich meine
Träger	Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
Zielgruppe	Junge muslimische Frauen und Mädchen bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / pädagogische Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	„Die Freiheit die ich meine“ entwickelt Angebote für junge muslimische Frauen und Mädchen, die sie befähigen, angstfrei und lösungsorientiert Konflikte zu bearbeiten. Damit sollen sie zu Multiplikatorinnen in ihrer Familie und Community werden.
Web	https://www.gesichtzeigen.de/

Projektname	Berliner Ratschlag für Demokratie
Träger	Gesicht zeigen! Für ein weltoffenes Deutschland e.V.
Zielgruppe	Die gesamte Stadtgesellschaft
Projektbeschreibung (kurz)	Der Berliner Ratschlag für Demokratie ist ein Bündnis Berliner Persönlichkeiten, die sich für Demokratie, Vielfalt und Respekt ihrer Stadt einsetzen wollen. Der Ratschlag ehrt Demokratieinitiativen mit einem Respektpreis und bezieht Stellung gegen Menschenverachtung jedweder Art.
Web	http://www.berlinerratschlag fuerdemokratie.de/

Projektname	ReachOut – Opferberatung
Träger	Ariba e.V.
Zielgruppe	Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin.
Projektbeschreibung (kurz)	Unterstützung und Beratung für Opfer und deren Angehörige
Web	https://www.reachoutberlin.de/de

Projektname	BAHIRA Beratungsstelle / Empowerment muslimischer Communities zur Prävention von islamisch begründetem Extremismus
Träger	Violence Prevention Network e.V.
Zielgruppe	Moscheegemeinden
Projektbeschreibung (kurz)	BAHIRA ist ein Kooperationsprojekt von Violence Prevention Network und Berliner Moscheegemeinden. Das Projekt zielt auf Empowerment muslimischer Communities zur Prävention von islamisch begründetem Extremismus.
Web	https://www.bahira-beratungsstelle.de/

Projektname	Hör mir zu! Für Demokratie und Vielfalt - gegen Islamfeindlichkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der beruflichen Bildung
Träger	Verein für Demokratie und Vielfalt in Schule und beruflicher Bildung - DEVI - e.V.
Zielgruppe	Schülerinnen u. Schüler in berufsbildenden Einrichtungen bzw. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren / pädagogische Fachkräfte.
Projektbeschreibung (kurz)	Das Projekt befördert in berufsbildenden Einrichtungen die Schaffung einer demokratischen und menschenrechtlich-orientierten Schulkultur, innerhalb derer sich Lernende und Lehrende unabhängig ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Religion, Weltanschauung, sexuellen Orientierung anerkannt fühlen können.
Web	http://www.demokratieundvielfalt.de/devi-ev/

Hinweis: einige der hier aufgeführten Projekte erhalten auch Ko-Finanzierungsmittel anderer Senatsverwaltungen und/oder Zuwendungsmittel aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“.

Maßnahmenkatalog der Berliner Bezirke

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin

Der Bezirk hat für das aktuelle Förderjahr der Partnerschaft für Demokratie (PfD) einen Schwerpunkt auf das Thema Antisemitismus gelegt. Vor dem Hintergrund des jährlich stattfindenden Al Quds-Marsches in Charlottenburg, in dessen Umfeld es immer wieder zu antisemitischen Vorfällen kommt, stehen neben der Aufklärung über antisemitische Vorurteile auch die Vermittlung von Handlungs- und Gegenstrategien im Mittelpunkt der Aktivitäten/Förderungen der Partnerschaft für Demokratie. In der Vergangenheit wurden keine Projekte gefördert, welche sich explizit auf das Thema Antisemitismus beziehen. Dessen ungeachtet beinhalten Projekte gegen Rassismus und rassistische Vorurteile stets auch die Prävention gegen Antisemitismus. Genannt werden können hier die Projekte:

- Werte Dialog (Träger: Iranische Gemeinde): Im Jahr 2018 gefördert aus Mittel des Integrationsfonds.
- Antirassistisches Spielmobil (Träger: Die Falken Landesverband Berlin): Im Jahr 2019 gefördert aus Mitteln des Integrationsfonds sowie aus Mitteln der bezirklichen Partnerschaft für Demokratie (Bundesmittel).

Darüber hinaus nimmt das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf im Rahmen der Städtepartnerschaften und der Jugendförderung eine Reihe von Projekten vor, die direkt oder mindestens mittelbar auch die Bekämpfung des Antisemitismus zum Inhalt haben. Dazu gehören z.B. mit historischem Kontext verbundene Gedenkveranstaltungen, themenspezifische Ausstellungen oder die Organisation des Jugendaustausches mit Israel. In diesem Rahmen werden auch verschiedene Haushaltsmittel oder Mittel aus Stiftungen sowie Projektfonds genutzt.

Bezirksamt Friedrichshain – Kreuzberg von Berlin

Das Jugendamt Friedrichshain-Kreuzberg ist seit 2017 Unterzeichner der Charta der Vielfalt und hat sich in den letzten Jahren intensiv im Rahmen des IKÖ-Projektes mit dem Thema vorurteilsbewusstes Handeln auseinandergesetzt. Im Ergebnis der zahlreichen Veranstaltungen und Schulungen gibt es u.a. verbindliche Formulierungen, die sukzessiv in die Anforderungsprofile der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgenommen wurden.

Das Jugendamt möchte ein Arbeitsumfeld schaffen, in welchem alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Wertschätzung erfahren – unabhängig von Geschlecht, Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, Alter, sexueller Orientierung und Identität.

Dieses Bewusstsein für Vielfalt begleitet das Jugendamt auch bei dem alltäglichen Umgang mit Familien, Kindern und Jugendlichen.

Konkrete Maßnahmen und Aktivitäten im Feld von Kinder- und Jugendarbeit sowie Jugendsozialarbeit gegen Antisemitismus

Aktuelle Fortbildungs- und Praxisgesprächsangebote, aber auch Handreichungen, Arbeitshilfen oder Lernmaterialien im Themenfeld von Antisemitismus-Prävention, die vom Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB), der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus e.V. (KlgA), der Amadeu Antonio Stiftung, von ufuq e.V. oder anderen Trägern / Projekten für die Arbeitsfelder Kinder- und Jugendarbeit bzw. Jugendsozialarbeit publiziert werden, fließen in die regelmäßigen bezirklichen Informationen an die Fachkräfte dieser Arbeitsfelder ein. Für die Teilnahme an Fortbildungen wird geworben und sind auch verpflichtend von den Fachkräften in regelmäßigen Abständen durchzuführen.

Friedrichshain-Kreuzberg unterstützt und fördert die langjährige Internationale Jugendbegegnung von Jerusalemer und Kreuzberger Jugendlichen und jungen Erwachsenen im Rahmen eines einwöchigen Austauschprogramms von Outreach gGmbH und Kidum Noar.

In regelmäßigen Abständen werden im Rahmen der Fach-Arbeitsgemeinschaften der Kinder- und Jugendarbeit bzw. Jugendsozialarbeit an Beispielen Möglichkeiten des Umgangs mit politisch brisanten Themen, die sich auf die pädagogische Arbeit mit jungen Menschen auswirken bzw. mit speziell antisemitischen, rassistischen und diskriminierenden Haltungen und Verhaltensweisen behandelt. Ein Praxisgespräch zu Antisemitismus wird in 2019/2020 umgesetzt.

Im Rahmen des Projekts „amira – Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus“ sind in Zusammenarbeit mit dem Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. vor längerer Zeit Angebote zum Umgang mit Antisemitismus unter Jugendlichen mit Migrationshintergrund für die offene Jugendarbeit in Friedrichshain - Kreuzberg entwickelt worden, die weiterhin als Grundlage für die Arbeit dienen.

Bezirksamt Lichtenberg von Berlin

Bezirklicher Präventionsrat – Arbeitskreis „Demokratie und Toleranz: Es findet eine enge Zusammenarbeit des Bezirksamts mit dem bezirklichen Register zu Straftaten, Vorkommnissen mit rechtsextremen, rassistischen, homophoben sowie mit antisemitischen Hintergrund statt. Ebenso besteht eine enge Zusammenarbeit mit den Dienststellen der Polizei und der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS. Diese Erfassung wird im Arbeitskreis „Demokratie und Toleranz“ des bezirklichen Präventionsrates ausgewertet und entsprechende Beschlüsse zur Prävention und Abwehr gefasst und umgesetzt.

Veranstaltungen: Verschiedene bezirkliche Veranstaltungen im kulturellen Bereich oder in der politischen Bildung (z.B. über den Runden Tisch „Politische Bildung“)

Dazu zählen auch die Pflege der entsprechenden, bezirklichen Erinnerungsorte und die Aktion „Stolpersteine“.

2019 beabsichtigt das Bezirksamt Lichtenberg die Schaffung der Stelle eines/einer bezirklichen Antisemitismusbeauftragten.

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin

Bezirklichen Koordinierungsstelle für Demokratieentwicklung: Mit dieser Stelle engagiert sich der Bezirk Marzahn-Hellersdorf seit 2006 gegen Nationalismus, Antisemitismus und weitere Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

Partnerschaften für Demokratie Marzahn und Hellersdorf: Unterstützung vielfältiger Projekte, die sich für ein demokratisches Miteinander und gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (und hierzu zählt auch Antisemitismus) einsetzen.

Aktionswoche 2018 zum Gedenken an die Verfolgten der „Reichspogromnacht“ von 1938 - http://buendnis.demokratie-mh.de/wp-content/uploads/2018/11/Kalenderblatt_4_11_bis_11_11_Platat_NEU_final_19_10.pdf. Für die Aktionswoche arbeiteten das „Bündnis für Demokratie und Toleranz Marzahn-Hellersdorf“, Kirchen, Heimatmuseum, Heimatverein, Schulen, Alice Salomon Hochschule und weitere Akteure zusammen und realisierten erinnerungspolitische Veranstaltungen.

Bündnis für Demokratie und Toleranz: Aus Anlass der Novemberpogrome vor 80 Jahren wurde 2018 eine Gedenkwoche organisiert. Veranstaltungen dieser Art sollen verstetigt und fester Bestandteil des Aktionsprogramms werden.

Ausstellung "Sie waren Nachbarn": Im Jahr 2019 wird in der VHS Marzahn-Hellersdorf die Ausstellung "Sie waren Nachbarn" über Kollaboration & Komplizenschaft im Holocaust gezeigt.

Ständige Ausstellung über Eli Wiesel: Im Jahr 2020 wird die VHS Marzahn-Hellersdorf nach dem Shoa-Überlebenden Eli Wiesel benannt - parallel wird eine ständige Ausstellung über Eli Wiesel konzipiert und installiert.

Bezirksamt Mitte von Berlin

Registerstelle Berlin Mitte des Trägers NARUD e.V.: Das Bezirksamt Mitte fördert die Registerstelle Berlin Mitte des Trägers NARUD e.V. zur Dokumentation von Angriffen und Vorfällen, die einen rassistischen, antisemitischen, homophoben oder diskriminierenden Hintergrund haben. Unter Vorfällen, die bei den Registern aufgenommen werden, sind neben Gewalttaten auch Propagandaaktivitäten, wie das Anbringen von Auf-

klebern, Plakaten oder Sprühereien gefasst. Der Träger legt dem Bezirk eine jährliche Berichterstattung/Chronik vor, die Grundlage für weitere Maßnahmen sein kann.

Dialog der Kulturen und Religionsgemeinschaften: Im Zeitraum 08/2018-12/2018 fördert der Bezirk Mitte von Berlin im Rahmen des Projektes „Mitte im Dialog“ den Dialog der Kulturen und Religionsgemeinschaften, in den auch die jüdische Gemeinde einbezogen wird.

Bibliotheken: Den Bibliotheken des Bezirks wird empfohlen, in § 5 Abs. 3 der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Öffentlichen Bibliotheken des Landes Berlin (BÖBB) vom 24. April 2018 den Aspekt des Antisemitismus aufzunehmen. Der Absatz würde dann (neu) lauten: „Geschlechterdiskriminierende, rassistische, pornografische, gewaltverherrlichende, antisemitische oder nationalsozialistische Inhalte dürfen nicht mitgebracht und nicht über elektronische Medien aufgerufen werden.“

Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“: Im Rahmen des Bundesprogramms fördert der Bezirk Mitte Projekte und Aktionen zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich im weiteren Sinne (Anti-Diskriminierung) und explizit mit Antisemitismus-Prävention beschäftigen.

Im Förderzeitraum 2018 wurden für das Fördergebiet Moabit zwei explizit der Antisemitismus-Prävention zuzuordnende Projekte gefördert:

Projektwoche: Resilienz gegen Antisemitismus und Islamfeindlichkeit stärken.

Träger: JUMA e.V.; Zielstellung des Projekts: Schulung von Schülerinnen und Schülern im Hinblick auf das Erkennen von antisemitischen und islamfeindlichen Argumentationsmustern, sowie der Vermittlung von Argumentationstechniken für deren Entkräftung.

Make Humus Not Walls: Träger: Transaidency e.V.; Zielstellung des Projekts: Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren beschäftigen sich in mehreren, aufeinander aufbauenden Workshops unter Anleitung eines israelisch-palästinensischen Tandems mit dem Nahostkonflikt und religiöser Vielfalt.

Vor-Ort-Büro „Demokratie in der Mitte“: Die fachlich-inhaltliche Koordination der einzelnen Aktionen und Projekte im Bezirk nimmt das Vor-Ort-Büro „Demokratie in der Mitte“ des Trägers Fabrik Osloer Straße e.V wahr.

Bezirksamt Pankow von Berlin

[Projekt Interkultour](#): Gemeinsame Projektwoche mit Schülerinnen und Schülern aus Willkommensklassen und eines Gymnasiums mit Besuchen interkultureller Orte u.a. einer Synagoge und einer Moschee in Pankow, seit 2017 finanziert vom Bezirksamt.

Projekt Holocaust Fakten, Orte, Menschen: Ein interkulturelles Erinnerungsprojekt (Veranstaltungen, Exkursionen in Deutsch und Arabisch), seit 2018 finanziert vom Bezirksamt.

Netzwerk „Erinnern und Gedenken“ im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie. Austauschplattform für die Zeit des NS insbesondere, insbesondere um Aktivitäten im Bereich politische Bildung für junge Menschen zu entwickeln und zu vernetzen.

Das Bezirksamt begleitet verschiedene Stolpersteingruppen in Pankow (Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee).

In Kooperation mit dem BA Pankow und runden Tisch Geschichte Berlin Buch (Bürgerinnen- und Bürgerengagement) wurde das Gedenkopferbuch Buch für Euthanasieopfer verabschiedet. Darüber hinaus entstanden in Berlin Buch zwei Denkmale im Bereich Steine ohne Grenzen über diesen benannten kleinen Verbund (Unterstützung bei Beantragungen von Drittmitteln).

Der Runde Tisch "Geschichte Zwangsarbeiterkrankensammellager Blankenfelde Berlin" setzt sich gegen das Vergessen und für jährliche Projekte mit den umliegenden Schulen ein - Begleitet durch das Bezirksamt.

Die Jugendförderung Pankow (Fachdienst 1) organisiert seit 1994 jährlich einen Austausch mit Hin- und Rückbegegnung für und mit Jugendlichen aus Pankow und Tel Aviv, Israel. Die Begegnungen sind als Projekte der politischen Bildung angelegt. Die Jugendlichen erfahren bereits in der Vorbereitung einen Einblick in Kultur, Geschichte und Politik des Staates Israel. In den Begegnungen arbeiten die Jugendlichen in Kreativworkshops an einem gemeinsamen aktuellen Thema (Jahresthema) der politischen Bildung. Sie besuchen gemeinsam Gedenkstätten und zelebrieren ein gemeinsames Gedenken an den Holocaust.

Projekte, die punktuell das Thema Antisemitismus behandeln:

- Moskito - bezirkliche Fach- und Netzwerkstelle gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und Vielfalt.
- Yaar, ein afghanischer Bildungsverein, der regelmäßig Seminare / Gesprächskreise in farsi in den Flüchtlingsunterkünften zu diversen Themen anbietet-
- Al Daar, ein arabischer Verein, der regelmäßig Seminare / Gesprächskreise in Arabisch in den Flüchtlingsunterkünften zu diversen Themen anbietet.
- Air Future TV - Antigewaltprojekt (Filmvorführung mit anschließender Gruppendiskussion).

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin

Das Bezirksamt Reinickendorf von Berlin steht für Demokratie und Freiheit, für Vielfalt und Toleranz und wird sich jeglicher Form von politisch oder religiös motiviertem Extremismus immer vehement entgegenstellen.

Im Bezirk Reinickendorf wird sowohl durch zivilgesellschaftliche als auch bezirkliche Aktivitäten beständig das Ziel verfolgt, die Reinickendorferinnen und Reinickendorfer für

sämtliche Formen und Ausprägungen von Rechts- und Linksextremismus, Antisemitismus und Islamismus zu sensibilisieren und zu couragiertem Auftreten gegen diese Erscheinungsbilder zu ermutigen.

Der Opfer des Nationalsozialismus haben das Bezirksamt, seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen der Reinickendorfer Bezirksverordnetenversammlung gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern und protokollarisch unterstützt von der Patenkompanie des Bezirks, der 7. Kompanie des Wachbataillons beim Bundesministerium der Verteidigung, durch Kranzniederlegungen und Ansprachen gedacht:

- am 27. Januar 2017 anlässlich des 72. Jahrestages der Befreiung der Überlebenden des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau,
- am 8. Mai 2017 anlässlich des Endes des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung von nationalsozialistischer Gewaltherrschaft,
- am 20. Juli 2017 anlässlich des Jahrestages des gescheiterten Attentats auf Adolf Hitler durch Oberst Graf Schenk von Stauffenberg am 20. Juli 1944 und des Versuchs, das nationalsozialistische System zu stürzen, sowie der Menschen, die im Widerstandskampf ihr Leben verloren haben,
- am 9. November 2017 anlässlich der nationalsozialistischen Novemberpogrome gegen die jüdische Bevölkerung sowie der Opfer des 1942 zerstörten tschechischen Ortes Lidice.

Über den Arbeitskreis Politische Bildung wird außerdem der Kontakt zu Reinickendorfer Schulen gehalten, um die jährliche Gedenkveranstaltung am 9. November gemeinsam vorzubereiten.

Folgende Aktivitäten wurden aus den verschiedenen Abteilungen des Bezirksamtes Reinickendorf gemeldet:

„Argumentationstraining gegen Parolen und Populismus“ : Im Jahr 2017 wurde in Kooperation mit der Berliner Landeszentrale für politische Bildung ein Workshop „Argumentationstraining gegen Parolen und Populismus“ durchgeführt, an dem die Auszubildenden des Bezirksamtes Reinickendorf aus allen Jahrgängen und Berufsgruppen teilgenommen haben.

Eine Wiederholung des Workshops für die neuen Auszubildenden der Einstellungsjahre 2017 und 2018 ist in Planung.

Volkshochschule Reinickendorf: Das Kursprogramm der Volkshochschule Reinickendorf thematisiert jedes Semester die Ereignisse des Holocausts und dessen Auswirkungen (z. B. Städtische Nervenklinik am Eichborndamm, NS-Zwangsarbeiterlager im Krumpuhler Weg). Ein Workshop zum interreligiösen Dialog und Verständnis ist ebenfalls ständig im Programmangebot.

Der Fachbereich Kunst und Geschichte der VHS ist an den folgenden Aktivitäten im Bezirk beteiligt:

Verlegung von Stolpersteinen für jüdische Opfer in der Zeit des Nationalsozialismus, Initiierung von Schulpatenschaften für die Pflege und Reinigung von Stolpersteinen, Aufstellung von Gedenktafeln, z. B. für Dr. Ilse Kassel, und Benennung eines Platzes. Wanderausstellung der Koordinierungsstelle Stolpersteine Berlin: Am 03.09.2018 wurde diese Wanderausstellung in der Bibliothek am Schäfersee eröffnet.

Bibliotheken: Die Bibliotheken des Bezirks stehen für die Förderung von Toleranz. Sollten extremistische Sichtweisen in Form von Schmierereien z. B. in Büchern oder an Wänden bestehen, werden diese umgehend zur Anzeige gebracht. Sollten Besucherinnen oder Besucher der Bibliothek extremistische Parolen von sich geben, werden diese des Hauses verwiesen. Die Abteilung Bauen, Bildung und Kultur sorgt umgehend für die Beseitigung von entsprechenden Graffitis, sofern diese auftreten.

In den Freizeiteinrichtungen des Bezirks Reinickendorf findet das Bearbeiten von Fragen um Toleranz und Respekt im Allgemeinen ganz kontinuierlich im Rahmen von Auseinandersetzungen in der Gruppe im Konfliktfall statt. Beispielsweise können folgende Einrichtungen und Projekte genannt werden:

Internationale Jugendbegegnungen im Fuchsbau mit israelischen Jugendlichen:

Gedenkstättenfahrten - Schule in Kooperation mit Aufwind e. V.: Im Bereich der Schulsozialarbeit organisiert der Träger Aufwind e. V. in Kooperation mit den jeweiligen Schulen (Paul-Löbe-Schule, Friedrich-Engels-Gymnasium, Campus Hannah Höch) und dem Kinderring Berlin e. V. Gedenkstättenfahrten nach Auschwitz. Zur inhaltlichen Vorbereitung besuchen die Schülerinnen und Schüler zwei außerunterrichtliche Workshops zur Sensibilisierung und Vorbereitung. Hierbei treffen sie mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen zusammen und setzen sich mit den Themen Religionsfreiheit, Toleranz und Respekt auseinander. In der Nachbereitung findet eine künstlerische Auseinandersetzung mit dem Thema statt.

Alltagsdiskriminierungen - Kiezzrunde Ost: Aufgrund der aktuellen politischen Entwicklungen und der Politisierung des öffentlichen Raums haben sich die Teilnehmenden der Kiezzrunde (AG nach § 78) dazu entschieden, im nächsten Jahr 2019 eine Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Argumentationstraining: Reden mit Rechten“ durchzuführen. Maßnahmen für Jugendliche:

- Die Jugendfreizeiteinrichtung „Medienkompetenzzentrum – Meredo“ bietet Workshops zu den Themen „Fake News“ und „Hate Speech“ an, in denen auch das Thema Antisemitismus mit den Jugendlichen bearbeitet wird.
- Das Jugendcafé Laiv reagiert mit Aufklärung auf antisemitische Äußerungen von Kindern und Jugendlichen.
- Projektstage u. a. zu den Themen „Was ist Demokratie?“ und „Symbole und Zeichen der Rechten“ werden angeboten.
- Theater-Rap-Gruppen als Angebot zur Auseinandersetzung zum Thema Gewalt finden statt.

Reinickendorfer Register: Seit Sommer 2016 ist das Reinickendorfer Register bei dem freien Träger Aufwind e. V. angesiedelt. Es sammelt und dokumentiert diskriminierende Vorfälle, wie Gewalttaten, Beleidigungen und Bedrohungen, extrem rechte Propagandaaktivitäten und verfasst dazu einen jährlichen Bericht. In den vergangenen Jahren gab es vereinzelte explizit antisemitische Vorfälle.

Partnerschaft für Demokratie im Auguste-Viktoria-Kiez: Im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ hat sich die Partnerschaft dazu verpflichtet, ein friedliches Zusammenleben im Kiez zu fördern und positioniert sich gegen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Dazu wurden in den vergangenen Jahren verschiedenste Projekte gefördert, in denen es auch um den Umgang bzw. die Auseinandersetzung mit Antisemitismus ging.

Bezirk Steglitz-Zehlendorf von Berlin

Ausstellung „L’Chaim – Auf das Leben! Die Vielfalt jüdischen Lebens in Berlin entdecken“: Die Ausstellung, ein Projekt der Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KI-gA), porträtiert den Alltag, die Gedanken und Gefühle von Jüdinnen und Juden, die Berlin heute als ihre Heimat bezeichnen. Migrationserfahrungen, die Zugehörigkeit zu einer Minderheit, die Familiengeschichte und Herkunft sind Themen, die einen biografischen Zugang zum Judentum ermöglichen und auch Anknüpfungspunkte an das eigene Leben der Besucherinnen und Besucher schaffen sollen. Die Ausstellung wurde auf Deutsch, Englisch und Arabisch angeboten. Die Ausstellung findet in der Jugendfreizeiteinrichtung Düppel, Lissabonallee 6, 14129 Berlin statt und wird von einem Rahmenprogramm begleitet.

Regionalhistorischen Informationsstelen: Der Fachbereich Kultur betreut die regionalhistorischen Informationsstelen und war an der Realisierung der Spiegelwand auf dem Herman-Ehlers-Platz beteiligt. Die Spiegelwand erinnert an die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus aus Steglitz. Die Informationsstelen thematisieren folgende Sachverhalte: ‚Harry Bresslau, Heinrich von Treitschke und der Antisemitismusstreit‘ sowie ‚Das Sanatorium Schlachtensee‘.

Ausstellungen und Publikationen: Der Fachbereich Kultur erarbeitet Ausstellungen und Publikationen zu jüdischem Leben und der Verfolgung von Jüdinnen und Juden im historischen Kontext. Hier wäre zu nennen: Mehr als ein Name – Opfer des Nationalsozialismus in Steglitz und Zehlendorf.

Bezirk Tempelhof-Schöneberg von Berlin

Tempelhof-Schöneberg positioniert sich deutlich und unmissverständlich gegen jede menschenverachtende, antisemitische, rassistische oder nationalistische Ideologie.

Dieser klaren Haltung folgend gibt es im Bezirk eine Vielzahl von Angeboten, die sich mit dem Thema Antisemitismus auseinandersetzen und den Bürgerinnen und Bürgern vielfältige Möglichkeiten der Aufklärung und Information bieten. Beispielsweise:

- die Dauerausstellung „Wir waren Nachbarn“, Biografien jüdischer Zeitzeuginnen und Zeitzeugen im Rathaus Schöneberg,
- Gedenkort SA-Gefängnis Papestraße der Museen Tempelhof-Schöneberg mit Sonderausstellungen, kostenlosen Führungen, Bildungsangeboten für Schulen,
- Informationsort Schwerbelastungskörper mit pädagogischem Angebot, das eng mit dem Jugend Museum in Berlin-Schöneberg verknüpft ist,
- die pädagogischen Bildungsangebote des Jugend Museums Schöneberg: Sie bieten Jugendlichen Raum und Zeit, um sich Schritt für Schritt der Geschichte des frühen NS-Terrors zu nähern und sich aktiv und reflektiert mit ihr auseinanderzusetzen,
- die Aktion Stolpersteine,
- im Bereich des Jugendamtes werden Vorträge, Gedenkstättenfahrten, Ausstellungen sowie Workshops durchgeführt mit dem grundsätzlichen Ziel, eine demokratische Kultur zu fördern und Diversity-Kompetenz zu erwerben,
- jährliche Kranzniederlegung am Mahnmal der ehemaligen jüdischen Synagoge in der Münchener Straße,
- Bei Straßenumbenennungen setzt das Bezirksamt Zeichen (Umbenennung des Pallasparks in Lilli-Flora-Park),
- Solidarität mit Betroffenen von Antisemitismus: Die Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler zeigt sich öffentlich solidarisch mit Betroffenen von Antisemitismus, z. B. mit einem Besuch bei Yorai Feinberg, der im Dezember 2017 vor seinem Restaurant in der Fuggerstraße antisemitisch beleidigt und bedroht wurde.
- Im Januar 2019 startet das vom Bundesfamilienministerium (BMFSFJ) geförderte Jugendprojekt „Gemeinsam in Tempelhof-Schöneberg-Demokratie leben!“ als außerschulisches Bildungsprojekt zur Demokratieförderung und Antisemitismus-Prävention.

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin

Projekte der politischen Bildungsarbeit: In 2018 wurden die Projekte „Zentrum für Demokratie“ und „aras* - Politische Bildungsarbeit an Schulen“ – beides in Trägerschaft von offensiv'91 e. V. – gefördert. Beide Projekte widmen sich der politischen Bildungsarbeit, wobei eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Diskriminierungsformen insbesondere auch Antisemitismus, implizit ist. Die Aufklärung und Auseinandersetzung mit Antisemitismus spiegelt sich auch wiederkehrend in verschiedenen Veranstaltungsformaten wider.

Museumspädagogische Angebote: Hier widmen sich verschiedene Angebote u.a. der Aufklärung über Antisemitismus und damit dem Kampf gegen den Antisemitismus. Dies gilt insbesondere für die Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche mit der dortigen Ausstellung und dem museumspädagogischen Begleitprogramm.